

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 98.

Dienstag, den 28. April 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Fünfundzwanzigste Maifeier.

Zum fünfundzwanzigsten Male wird binnen kurzem die klassenbewusste Arbeiterschaft aller Länder ihr Fest begehen, jenes Fest, das sie selbst sich gesetzt hat aus eigenem Rechte und aus eigener Macht: die Mai-feier!

Im Jubeljahre der großen französischen Revolution, im Jahre 1889, ist es gewesen, als die zu dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris versammelten Vertreter des sozialistischen Proletariats der ganzen Kulturwelt den Beschluß faßten, die Arbeiter aller Länder aufzufordern, an einem Tage, dem 1. Mai eines jeden Jahres, sich zusammenzuschließen zu einer machtvollen Kundgebung für Achtstundentag und Arbeiterschutz, für Völkerverbrüderung und Weltfrieden! Ins Leben gerufen im Jahre der Jahrhundertfeier des großen bürgerlichen Freiheitskampfes, sollte die Maifeier ein Tag sein, gewidmet den großen Kulturzielen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse.

Zwei große Festtage kennt das deutsche sozialistische Proletariat: am 18. März blickt es in bewegter und treuer Dankbarkeit zurück auf die großen revolutionären Kämpfe und auf die revolutionären Kämpfer der Vergangenheit, am 1. Mai aber schaut es mit froher und freudiger Begeisterung auf die aus den Kämpfen der Gegenwart erwachende sozialistische Zukunft. Dieser Zukunft hat uns das seit dem Pariser Kongress hinter uns liegende Vierteljahrhundert ein gutes Stück nähergebracht!

In allen Kulturländern der Erde ist in diesen fünf- und zwanzig Jahren das Proletariat gewaltig gewachsen nicht nur an Zahl, sondern auch an innerer Geschlossenheit, an Einsicht in seine Lage, an Erkenntnis der Bedingungen seines Kampfes und seiner großen weltgeschichtlichen Aufgaben. In Rußland und in manchen anderen Ländern, in denen damals von einer sozialdemokratischen Massenbewegung noch gar nicht gesprochen werden konnte, folgen heute gewaltige Arbeiterheere der stolzen ihrem Zuge voranwehenden roten Fahne des welt-erlösenden Sozialismus.

Und wahrlich nicht zum wenigsten ist an diesem stolzen Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschland beteiligt!

Wurden bei den Reichstagswahlen, die dem Internationalen Pariser Kongress von 1889 vorangingen, bei den Wahlen von 1887, erst rund drei Viertelmillionen sozialistische Stimmen gezählt, so war fünf und zwanzig Jahre später, bei den Reichstagswahlen von 1912, ihre Zahl angewachsen auf 4 1/2 Millionen! Aus dem unscheinbaren Häuflein der damals in den politischen Organisationen der deutschen Sozialdemokratie Zusammengekommenen ist heute nach den herrlichen Erfolgen der roten Woche das gewaltige Heer von weit mehr als einer Million Soldaten geworden, die in Reih und Glied dem Sturmbanner der Sozialdemokratie folgen, und noch weit größer ist heute die Zahl der in ihren Gewerkschaften organisierten Proletarier. Aus den ein- bis zweihunderttausend Lesern, die damals die an Zahl und Inhalt schwachen Zeitungen der Arbeiter nur um sich zu sammeln vermocht hatten, sind heute weit mehr als anderthalb Millionen Leser geworden, die täglich aus dem reichen Born des politischen Wissens und der sozialistischen Aufklärung trinken, der unerschöpflich in der Presse der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiterschaft sprudelt. Und alle diese herrlichen Erfolge, die den Feinden der Arbeiterklasse blasse Furcht und Inieschlottern des Entsetzens einjagen — wir verdanken sie nicht zum wenigsten der immer aufs neue aufrüttelnden, anfeuernden und begeisternden Macht unserer Maidemonstration, die Jahr für Jahr Tausende und aber Tausende von Jauern und Flauen, von Jagenden und Bögernden allgewaltig in ihren Bann hineinriß und damit zugleich in den Bann der großen sozialistischen Kulturbewegung überhaupte.

Aber so Großes und so Gewaltiges auch erreicht worden ist in diesem ersten Vierteljahrhundert unserer Maidemonstration: die größten Aufgaben sind erst noch zu lösen und die schwersten Kämpfe liegen noch vor uns!

Ist unsere Macht gewaltig gewachsen in dieser Zeit, so ist auch die Macht und die vor nichts zurückschreckende Entschlossenheit unserer Feinde in diesen letzten anderthalb Jahrzehnten wahrlich nicht geringer geworden. Jedes Mittel ist ihnen recht, das dazu dienen mag, ihre auf Ausbeutung und Unterdrückung, auf Knechtung und Gewalt aufgebaute Herrschaft zu verlängern!

Gerade im Laufe des letzten Jahres haben die Arbeiterfeinde sich zusammengeschlossen zu einem neuen verstärkten Angriff auf das Grundrecht der Arbeiter, das Recht des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, das Recht der Koalition!

Vorstöße in den Parlamenten gegen dies Grundrecht des Proletariats, Verwaltungsmaßnahmen der klassenstaatlichen Regierungen und blutige Gerichtsurteile folgen einander immer schneller! Schützend aber hält die Justiz ihre Hand über Seine Majestät den Streikbrecher, selbst wenn er ein Totschläger ist!

Hand in Hand mit diesen Angriffen auf das Koalitionsrecht der Arbeiter geht eine immer schroffere Verweigerung jedes weiteren Ausbaues des Arbeiterschutzes!

Kein Arbeiterschutz, keine Arbeitslosenversicherung, keine Beseitigung oder auch nur Milderung des infamen Lebensmittelwuchers, dafür aber neue Wucherzölle und Einführung des Gebärzwanges, damit ja dem Unternehmertum das Ausbeutungsmaterial und dem Klassenstaate das Kanonenfutter nicht ausgehe!

Dazu kommt dann die immer noch fortgesetzte Verweigerung jeder Wahlreform in Preußen, die brutale Aufrechterhaltung der infamen preußischen Reaktionswirtschaft, die wie ein Alp auf der politischen Entwicklung des ganzen Deutschen Reiches lastet!

Im engsten Zusammenhange damit stehen die wüsten Treibereien der „rechtpreußischen Leute“ gegen das Reich und gegen die Reichsverfassung, jene wüsten Treibereien, zu denen die Vorgänge in Zabern in den letzten Monaten neuen Anlaß gaben! Wie dort der Kürassierstiefel des Militarismus Recht und Gesetz brutal mit Füßen trat, wie Regierung und Parlament vor diesem Kürassierstiefel feig in die Knie sanken, das zeigte wieder einmal aufs krasseste, daß dieser Militarismus der wahre „innere Feind“ Deutschlands ist, der geschworene Feind der Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung unseres Vaterlandes zu einem modernen Kulturstaat!

Wie im Kampfe um Zabern die Sozialdemokratie allein stand, so stand sie wenige Monate zuvor auch allein in ihrem Kampfe um die gemeingefährliche Riesenmilitärvorlage des letzten Sommers und so steht sie auch jetzt wieder allein in ihrem Kampfe gegen die neuesten Kriegstreibereien der Rüstungsinteressenten und anderer an der imperialistischen Raubpolitik interessierten Kostgänger des Kapitalismus.

So steht — wohin wir immer auch blicken mögen — die Maifeier dieses Jahres, die fünf und zwanzigste Mai-feier, im Zeichen verschärften Kampfes! Aber dieser Kampf darf sich nicht beschränken auf bloße Abwehr! Auf der ganzen Linie vorwärts zum Angriff: das ist die Kampfeslösung, die am Jubeltage der Mai-feier in Millionen von Proletarierherzen begeistertsten Widerhall wecken muß!

Her mit dem Achtstundentag!  
Heraus mit gründlichem Arbeiterschutz!  
Her mit der Arbeitslosenversicherung!  
Her mit einem wirklich freien Koalitionsrecht!  
Nieder mit der preußischen Reaktion!  
Es lebe das freie Wahlrecht!  
Fort mit dem Lebensmittelwucher!  
Nieder mit Sabelherrschaft und Militärdiktatur!  
Nieder mit dem Militarismus!  
Vollwehr an Stelle des stehenden Heeres!  
Nieder mit der Völkerverhöhnung!  
Es lebe die Verbrüderung der Nationen!

Unter diesem Feldgeschrei mögen am 1. Mai Millionen sich zusammenscharen! Diese Jubelmaifeier, sie sei mehr als jede frühere eine Maifeier des Kampfes, sie überkrefte alle ihre Vorgängerinnen an Wucht und Kraft!

Die gewaltigste und wirksamste Demonstration am 1. Mai ist aber die

umfassendste Arbeitsruhe!

Sie planmäßig vorzubereiten ist jetzt unser aller Aufgabe!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Streikposten — Erlaß des preußischen Polizeiministers v. Dallwitz.

Das preußische Ministerium des Innern läßt offiziös mitteilen, daß die Meldung von einer zum 1. Juli in Kraft tretenden Streikpostenverordnung irrig sei. Die vor mehreren Tagen von der Tagespresse gebrachte Nachricht, demzufolge vom preußischen Ministerium des Innern darauf hingewirkt worden sei, daß am 1. Juli für sämtliche preußische Provinzen gleichlautende Polizeiverordnungen über die praktische Handhabung des Arbeitswilligenschutzes bei Ausstandsbewegungen in Kraft treten, ist nicht zutreffend. Ebenwenig ist es richtig, daß allgemeine Oberpräsidialverordnungen solcher Art in der Rheinprovinz erst jetzt ergangen seien. Vielmehr haben solche Polizeiverordnungen, die probeweise erlassen waren, in Westfalen und Rheinland längst bestanden und sind bei den weiteren Maßnahmen der Staatsregierung als Muster benützt worden. Irgendwelche neuen Schritte zur praktischen Handhabung des Arbeitswilligenschutzes sind seitdem nicht erfolgt. Vielmehr war bereits Anfang Februar, wie der Minister des Innern Dr. v. Dallwitz im Abgeordnetenhaus bei Stellungnahme zu dem nationalliberalen Antrag v. Krause mitgeteilt hat, behufs Durchführung der an alle Oberpräsidien ergangenen Verfügung wegen Abänderung der in ihren Bezirken bestehenden Polizeiverordnungen das Erforderliche veranlaßt. Gemäß der Verfügung ist für eine angemessene Instruktion der Polizeiezekutivebeamten durch die vorgesehnten Dienststellen Sorge zu tragen, damit von der erweiterten Polizeivorschrift auch ein angemessener Gebrauch gemacht werde. Des weiteren hat der Minister damals bereits betont, daß bei Streikbewegungen von erheblicher Wichtigkeit dafür Sorge getragen wird, daß regelmäßig, wenn irgendwie der Eindruck hervortritt, daß nicht in genügendem Maße für den Schutz der Arbeitswilligen gesorgt ist, von der Zentralstelle aus darauf hingewirkt wird, daß nach dieser Richtung hin die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Das ist der wirkliche Sachverhalt.

Aus dieser „Berichtigung“ geht hervor, daß die Streikpostenverordnung also schon Anfang Februar ergangen ist. Darauf aber kommt es allein an, ob eine solche Verordnung überhaupt besteht. Wie in einem Schlußsatz zugegeben wird, treten hier und da die neuen Polizeivorschriften, die auf Grund der Ministerialverordnung zustande kamen, am 1. Juli in Kraft und dadurch findet auch der mehr formale Teil der Meldung seine teilweise Bestätigung. Wenn an dieser „Berichtigung“ noch etwas Beachtenswertes übrig bleibt, so ist es die Versicherung, daß die preußische Regierung schon im Februar den Kampf gegen die Arbeiterorganisationen aufnahm.

Der Fall Schleinitz.

Die „Germania“ hat vor einigen Tagen gegen den früheren Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe Hr. v. Schleinitz schwere Vorwürfe erhoben. U. a. war behauptet worden, Hr. v. Schleinitz habe einem Offizier erklärt:

„Sie kommen jetzt nach A. auf Posten; wenn Sie nicht binnen Jahresfrist einen Aufstand in Ihrem Bezirk haben, kann ich nicht weiter mit Ihnen kapitulieren.“

Hr. v. Schleinitz erklärt diese Behauptung für eine dreiste Erfindung, will aber trotzdem davon absehen, gegen die „Germania“ Klage wegen Verleumdung zu erheben. Zu den Grausamkeiten in Urundi erklärte er einem Mitarbeiter der „Tägl. Rundschau“, daß diese Expedition gegen die Eingeborenen mit Zustimmung des Gouverneurs v. Rechenberg unternommen wurde.

Nach zweimonatiger Dauer wurde die Expedition als erfolglos abgetrieben, da v. Grauert schwer erkrankte. Grauert beauftragte nun zehn Eingeborene unter einem schwarzen Chargierten, die Rädelsführer

lebend oder tot zu fangen, damit die Ruhe dauernd wiederhergestellt werde. Zu dieser Maßnahme war v. Gravaert gezwungen, da nur eingeborene Krieger, die die Eigenart der Einwohner genau kennen, in der Lage waren, die Aufrechter zu fangen, die sich beim Herannahen von Weibern sofort unauffindbar versteckten oder versteckt gehalten wurden. Auch diese Unterexpedition fand die volle Billigung des Gouverneurs Jhrn. v. Nechenberg. Die Unterchrist Rechenberg unter der Zustimmungserklärung ist von vielen Offizieren gesehen worden. Uebrigens schärft v. Gravaert den Leuten nachdrücklich ein, jede Grausamkeit zu unterlassen, insbesondere gegen Frauen und Kinder nichts Gewalttätiges zu unternehmen. Er wies auch auf die hohen Strafen hin, mit denen Grausamkeiten geahndet werden. Uebrig sind trotzdem Grausamkeiten vorgekommen, die aber auch streng geahndet wurden.

Ueber die Ursachen seiner Differenzen mit Jhrn. v. Nechenberg erklärt Jhr. v. Schleinitz, daß der Gouverneur, ohne ihm Mitteilung zu machen, eine die Schutztruppe betreffende Verfügung erlassen habe. Auf den direkten Wunsch des Gouverneurs sei es auch zurückzuführen, wenn von den in Urundi vorgekommenen Grausamkeiten nichts nach Berlin berichtet worden ist.

Unter diesen Umständen ist bestimmt anzunehmen, daß es bei der dritten Lesung des Kolonialgesetzes im Plenum des Reichstags zu scharfen Auseinandersetzungen kommen wird.

### Schließung oder Vertagung des Reichstages?

Seit Wochen wissen bürgerliche Blätter den einen Tag aus „wohlinformierter“ Quelle zu berichten, daß der Reichstag vertagt wird, um folgenden Tag von „bestinformierter“ Seite zu erfahren, daß der Reichstag geschlossen wird. Alle diese Nachrichten waren Produkte bürgerlicher Reporter-Phantasie. Am Mittwoch tritt der Seniorenkongress des Reichstags zusammen und dort erst werden positive Angaben über die Absichten der Regierung gemacht werden. Sicher ist aber, daß der Reichstag seine Tätigkeit noch vor Pfingsten beenden wird. Die bürgerlichen Parteien haben die Absicht, bei der Beratung des Militärstaats möglichst wenig zu reden, womit sie offenbar einem Wunsch der Regierung Rechnung tragen.

### Kultusdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Lesung des Kultusgesetzes. Mit zur Debatte standen zwei Anträge des Zentrums und der Konservativen betreffend Aufhebung der Beschränkungen in der Ausübung der Krankenpflege durch Mitglieder katholischer Orden und betreffend die Rechtsfähigkeit der nicht mit Korporationsrechten versehenen katholischen Ordensniederlassungen. Die Debatte verlief weniger lebhaft als in früheren Jahren, wenn es auch an den üblichen Klagen des Zentrums über Ausübung des Jesuitengehens und über die angebliche Zurücksetzung der Katholiken in Preußen nicht fehlte. — Der national-liberale Abgeordnete Dr. C. A. Campe trat den Ansprüchen des Zentrumsredners entgegen, er bekämpfte namentlich das Verlangen des Zentrums, wonach die katholische Kirche einen besonderen Staat im Staate bilden solle und brachte auch die bekannte Fälschung des Kaiserbriefes mit der Aeußerung über die katholische Religion zur Sprache. Er forderte, daß das Zentrum offiziell erklären solle, daß es diese Fälschung auf das entschiedenste mißbillige. — Abg. W. i. e. r. e. d. (Freikonz.) jammerte über die Erfolge des Komitees „Konfessionslos“ und über die zunehmenden Ausstritte aus der Landeskirche. Abg. C. i. d. h. o. f. f. (Fortf. Volksp.) gab eine Reihe von schultechnischen Anregungen, während Abg. S. c. h. e. n. d. (Konj.) sich im wesentlichen im Sinne des Zentrums aussprach. Hierauf brachte der Abg. S. i. n. c. z. y. i. n. s. k. i. (Pole) eine große Reihe von Beispielen zur Sprache, aus denen hervorgeht, wie die Regierung die polnischen Staatsbürger bekämpft. — Der Kultusminister machte sich die Antwort leicht. Ein Irrtum, der dem polnischen Redner bei der Schilderung eines Falles unterlaufen war, gab ihm Veranlassung, zu erklären, daß, wenn dieser eine Fall falsch ist, man daraus den Schluß ziehen könne, daß auch die anderen Fälle nicht richtig seien. Im übrigen griff der Minister wiederholt in die Debatte ein, um sich gegen die Angriffe des Zentrums auszusprechen.

Den Schluß der Redner machte Gen. S. t. r. o. b. e. l., der nachdrücklich die programmatische Forderung der Sozialdemokratie: Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche begründete und für wirksame Bildungsbeschreibungen für das gesamte Proletariat eintrat.

### Unterschiedliches Mittel.

Auf eine Anfrage des Abg. Behrens hat Staatssekretär Dr. Selzer folgende Antwort erteilt:

„Mit dem von Dr. Pflüger-Berlin empfohlenen Heilmittel „Eucalin“ sind vom Kaiserlichen Gesundheitsamt in der Zeit vom 6. bis 15. März d. J. auf einem Rittergut in Ostpreußen Versuche angestellt worden. Bei diesen konnte eine spezifische Schutz- oder Heilwirkung gegenüber der Maul- und Klauenseuche nicht festgestellt werden.“

### Militärkabinett und Reichstag.

Die kaiserliche Hinterziehung des Reichstags, die darin bestand, daß man, ohne den Reichstag erst zu fragen, in der leeren Gegend Berlins eine Villa für den Chef des Militärkabinetts kaufte und daneben ein Diengebäude bauen ließ, fand damit ihren Abschluß, daß die Gebäude dem Reichstagsamt überwiesen wurden. Ueber den Verkauf oder die anderweitige Verwendung der Gebäude ist eine Beschlusnahme des Reichstags herbeizuführen. Dem Reichstag wird eine Vorlage ausgehen, wonach diese Grundstücke vom Reichstagsamt an die Heeresverwaltung gegen Erstattung der für den Erwerb angewandten Kosten abgetreten werden, um zur Unterbringung des Militärkabinetts hergerichtet zu werden.

Das ist denn doch eine direkte Verhöhnung des Reichstages. Gerade damit die Heeresverwaltung diese Grundstücke nicht betreiben soll, sind sie dem Reichstagsamt überlassen worden, das sie anderweitig vermerken, nämlich verkaufen sollte. Wäre das nicht der Wille des Reichstages gewesen, dann war es hantles, die Grund-

stücke der Militärverwaltung zu entziehen. Bekommt der Chef des Militärkabinetts die von ihm gewünschte Villa als Dienstwohnung, da in müssen die deutschen Steuerzahler an Verzinsung und Unterhaltungskosten für die Wohnung dieses Generals pro Jahr nicht weniger als 120000 M. aufwenden. Es handelt sich hier um einen Kampf zwischen Militärkabinett und Reichstag. Will der Reichstag sein Ansehen nicht selbst mit Füßen treten, dann muß er das Militärkabinett, jene eigentliche militärische Regierung, in die gebotenen Schranken zurückweisen.

### Ueber die nationalliberale Einigung

soll verhandelt werden, auch wenn die Aussichten auf Erfolg gering sind. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt:

„Der Beschluß des Gesamtvorstandes des Reichverbandes der nationalliberalen Jugend, nicht in Verhandlungen über die Auflösung des Reichverbandes einzutreten, im übrigen aber an Verhandlungen zur Schaffung des Friedens in der Partei teilzunehmen, hat auf der anderen Seite ein entsprechendes Echo geweckt. In Nr. 15 der Nationalliberalen Reichskorrespondenz vom 22. April wird erklärt, daß dadurch der Zentralvorstandsbeschluß gegenstandslos geworden sei. Beide Rundgebungen, die schließlich nicht von den letzten entscheidenden Stellen ausgehen, werden den Geschäftsführenden Ausschuss der Partei nicht von dem energischen Versuch abhalten, den beinahe einmütig gefaßten Beschluß des Zentralvorstandes auf dem Wege gütlicher Verhandlungen zur Durchführung zu bringen. Wie diese Verhandlungen auch endigen, ihr Ergebnis wird dem im Herbst stattfindenden Parteitag vorgelegt werden, dem das letzte Wort in der Angelegenheit gebührt.“

### Die Antisemiten

hielten am Sonntag als neugegründete „Deutschvölkische Partei“ einen Verbandstag in Dresden ab. Man beriet über die Organisation der neuen Partei, über die zukünftige Werbetätigkeit und über die Stellungnahme zu den jüdischen Landtagswahlen 1915, bei denen eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen. Eine Entschließung wendet sich gegen das Eindringen jüdischer Offiziere in das Heer.

### Deutsche Konsulate im Orient.

Ein Nachtragsetat an den Reichstag verlangt die Mittel für die Errichtung je eines deutschen Konsulats in Uesküb (Serbien) und in Albanien. Der Ort für das Konsulat in Albanien ist noch nicht bestimmt. Nach Durazzo kann das Konsulat nicht kommen, denn dort hätte es, von aller Welt abgegrenzt, nichts zu tun. Das Konsulat kann nur in Skutari untergebracht werden. Außerdem verlangt man Militär-Attachees für Belgrad, Sofia und Athen, deren Notwendigkeit so nachzuweisen, daß der Reichstag zustimmt, der Regierung wohl etwas schwer fallen wird.

### Frankreich.

Das Ergebnis der Kammerwahlen gestaltete sich nach den letzten Meldungen folgendermaßen: Gewählt wurden 41 Sozialisten; in günstiger Stichwahl befinden sich 61. Der Stimmenzuwachs ist ganz bedeutend. Die Radikalen erhielten 118 Mandate; in günstiger Stichwahl befinden sich 137. Die Sozialrepublikaner (früher unabhängige Sozialisten) erhielten 15 Sitze und sind an 17 Stichwahlen beteiligt. Die Briandisten (Föderation der Linken) erhielten 66 Sitze und haben Aussichten in 32 Stichwahlen. Die Progressisten erhielten 40 Sitze und sind an 2 Stichwahlen beteiligt. Die Rechte erhielt 63 Sitze und ist an 6 Stichwahlen, die für sie günstig sind, beteiligt. Die Stichwahlen werden die Entscheidung bringen; doch scheint die Niederlage der Briandisten ohne Zweifel zu sein, während die Sozialisten einen glänzenden Sieg erwarten. Von 602 Wahlen sind bisher 593 Ergebnisse bekannt.

### England.

Die Ulsterkrise hat dadurch eine Verschärfung erfahren, daß es den Ulsterleuten gelungen ist, eine große Menge Waffen und Munition ins Land zu bringen. Die nun die „Times“ aus der irischen Hauptstadt Dublin berichten, erhielten alle Regimenter in Dublin am Sonntagabend den Befehl, sich sofort marschbereit zu halten. Das Westkenn-Regiment und das leichte Infanterie-Regiment von Yorkshires werden Montag früh Belfast erreichen. Das Manchester-Regiment wird sofort von Carragh aufbrechen. Danach beabsichtigt Asquith, Ernst zu machen. Oder ist auch die Truppenmobilisierung nur ein Bluff in der an Bluffs so reichen Ulster-Kampagne?

## Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

Die Vermittlungsaktion der amerikanischen Südstaaten ist von den europäischen Großmächten unterstützt worden. Wie es heißt, ist Huerta einer Vermittlung nicht abgeneigt. Auch der Rebellenführer Carranza erklärte, daß jeder auf den Frieden abzielende Vorschlag für die Rebellen annehmbar sei. Präsident Wilson besteht auf Huertas Abdankung.

Der amerikanische Generalkonsul Hanna in Monterey (Mexiko) berichtet von einer ihm durch die Föderation widerfahrenen Demütigung: Ein Hauptmann der Bundesstruppen kam am 21. April, vom Föderal begleitet, vor das Konsulat, erbrach die Tür und forderte die Einzählung der Flagge der Vereinigten Staaten, andernfalls würde er ihn erschlagen lassen. Inzwischen hatten andere Bundesjagden die Flagge bereits nieder und traten darauf herum. In das Generalkonsulat wurde eine Wache gelegt und

alle Insassen gefangen genommen. Am 23. April kam die Polizei und durchsuchte das Gebäude. Der Generalkonsul wurde unter dem Geleite der Menge über die Straßen geschleppt und ins Zuchthaus gefahren, sodann in dem Gerichtsgebäude unter scharfer Bewachung gehalten und am Abend vor das Kriegsgericht gestellt mit der Beschuldigung, daß er es mit den Rebellen halte. Erst am 24. April wurde er wieder freigelassen, als die Rebellen Monterrey einnahmen, die ihn sehr entgegenkommend behandelten. Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan sind sehr aufgebracht über das Verhalten der Föderalisten.

Aus Eagle Pass in Texas wird gemeldet, daß die mexikanischen Bundesstruppen auf die amerikanischen Soldaten am Flußufer feuerten. Die Amerikaner erwiderten das Feuer.

Die mexikanischen Bundesstruppen, die am Freitag Nuevo Laredo räumten und seitdem versuchten, 20 Meilen nördlich einen Raubzug ins Land zu machen, sollen von den Amerikanern zurückgeschlagen worden sein und 10 Tote und 20 Verwundete gehabt haben. Die Amerikaner hätten keine Verluste gehabt.

Mit Ausnahme der panamerikanischen Eisenbahn, die von Guatemala die Westküste entlang führt, erhält Huerta den Betrieb sämtlicher mexikanischen Eisenbahnen mit eigenen Leuten aufrecht; er hat alle Fremden davongejagt. Die letzte von ihm übernommene Eisenbahn ist die Tehuantepec Nacional, die quer durch den Tehuantepec-Isthmus führt und gemeinsames Eigentum der Regierung und des Lord Comdray ist. Die Veracruz- und Isthmus-Eisenbahn zwischen Sierra Blanca und Veracruz ist nicht im Betrieb, da die Brücke in Boga del Rio, 8 Meilen von Veracruz, mit Dynamit in die Luft gesprengt worden ist.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 28. April.

**Arbeitsruhe am 1. Mai.** Die bei der Entlohnung und Bunterei beschäftigten Kohlenarbeiter (Sektion im Transportarbeiterverband) haben in ihrer Versammlung einstimmig die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen.

**Der Straßenbahnverkehr zur Maifeier in Moisling.** Die Betriebsverwaltung der Lübecker Straßenbahn hat dem Maifeier-Komitee mitgeteilt, daß am Freitag, dem 1. Mai, folgende Verkehrsveränderung getroffen wird:

Von mittags 1 Uhr ab wird auf der Linie 9 vom Markt ein Zehminutentakt bis nachts 12,20 vom „Moislinger Baum“ eingerichtet. Außerdem fahren noch ab Moislinger Baum Spätwagen um 12,40 und 1 Uhr nachts.

Wir bitten die Festteilnehmer dies zu beachten und bitten wohl diese Verkehrsveränderung auch viele, denen es am Tage nicht vergönnt ist, die Arbeitsruhe durchzuführen, nach Arbeitsluß zum Auffuchen des Festortes veranlassen.

### Die Holzarbeiter der Seeschiffswerften

hielten am 18. und 19. April in Hamburg eine Konferenz ab, die einer Anregung aus den Werkstätten entsprechend, vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes einberufen und von 41 Vertretern besucht war. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete: „Unsere Aufgaben in der Werftbewegung“. Das Referat hielt der Vertreter der Zahlstelle Bremen, dessen Ausführungen von dem Vertreter des Verbandsvorstandes wirksam ergänzt und unterstützt wurden. Es handelte sich in der Hauptsache darum, die verflorenene Bewegung einer übersichtlichen Betrachtung zu unterziehen und die bei ihr hervorgetretenen Fehler und Mängel in offener Aussprache festzustellen und für die Zukunft unmöglich zu machen. Grundsätzlich wurde daher erörtert: das Verhältnis der Mitglieder in den Betrieben ihren Mitarbeitern und ihrer Organisation gegenüber; die Aufgaben der Vertrauensleute, der Sektions- und Ortsverwaltungen, der Ortskommissionen, der Zentralwerftkommission und — als wichtigste Frage — die Aufgaben und Pflichten der Verbandsleitungen.

Daß in dem Organisationskörper der Werftarbeiter nicht Schwächen und Mängel zutage getreten wären, braucht gar nicht bestritten zu werden. Diese Hemmnisse sind nur nicht so einfacher Natur und nicht so leicht aus der Welt zu schaffen, wie in anderen Industrien, da auf den Werften auf der einen Seite die geschlossene Kapitalmacht den Arbeitern entgegensteht, während die eigenen Organisationen noch arge Zersplitterungen aufweisen; und dadurch sind die Arbeiter leichter der Gefahr ausgelegt, in ihren gemeinsamen Aktionen gegen das Kapital durch allerlei Unterströmungen beeinträchtigt zu werden, oder durch mangelnde Vorbereitung und Einsicht in den eigenen Reihen wird im entscheidenden Moment nicht mit den richtigen Mitteln operiert.

Wenn auch bei den Holzarbeitern noch die Stimmung über die vorjährigen Ereignisse nachzitterten, so galt doch das Streben aller Teilnehmer der Konferenz in der Hauptsache dem Ziel, die Werftbewegung neu zu beleben. Der Glaube an die Kraft der Organisation ist bei den Arbeitern nicht geschwunden, mögen nur die Kräfte möglichst bald von neuem gesammelt und in den Dienst der Interessen der Arbeiter gestellt werden. Aber nicht nur an die Adresse der Organisation richteten sich die Mahnungen, für eine fruchtbarere Arbeit in der Zukunft die Vorbedingungen zu schaffen, insbesondere erging diese Mahnung auch an die Kollegen, in den Werftbetrieben, sich mit frischem Mut der notwendigen Organisationsarbeit wieder zu widmen.

Die Konferenz einigte sich am Schluß auf die einstimmige Annahme folgender Leitsätze für das gemeinsame Wirken in der Werftbewegung, die u. a. befragen:

Das Vertrauensabstufsystem soll so ausgebaut werden, daß in jeder Betriebsabteilung die notwendige Anzahl Vertrauensleute vorhanden ist.

Die Vertrauensmänner sind als die berufenen Vertreter der Werftkollegen von den Organen des Verbandes wie auch von den Kollegen selber zu betrachten und bei ihrer Tätigkeit zwecks Wahrung der Verbandsinteressen allseitig tatkräftig zu unterstützen.

Bei Lohnbewegungen sind die Vertrauensmänner zur Mitberatung über deren Einleitung und Durchführung heranzuziehen, auch haben sie die taktischen Fragen mit vorzubringen und gegebenenfalls mit darüber zu beschließen.

Die Sektionsleitungen und Ortsverwaltungen sind gemäß ihrer statutarischen Befugnisse gehalten mit den Vertrauensleuten in enger Fühlung zu bleiben, an gemeinschaftlichen Beratungen teilzunehmen und ihre Stellungnahme den vorgeschriebenen Instanzen unverzüglich zu berichten.

Die Kommission der Verfassungskommission und die Zentral-Kommission werden als zweckmäßige Einrichtungen anerkannt.

Die Verfassungskommission hat die Aufgabe zu tragen, daß diese Organe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse der Verfassungskommission aktivitätsfähig gestärkt werden.

Die Konferenz richtet an die Kollegen auf den Verfassungskommission die Aufforderung, im Sinne der vorstehend festgelegten Regeln für den Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Am den Verbandspräsidenten stellt die Konferenz das Ersuchen, diese Regeln gleichfalls anzuerkennen und den Verfassungskommission der Verfassungskommission auf Besserung ihrer Lage, insbesondere aber auf Abwehr von Verfallschlägen jede Förderung angeben zu lassen.

Nachdem die Verbandspräsidenten vorbehaltlos für die vorstehenden Leitsätze sich ausgesprochen und auch im allgemeinen keinen Zweifel darüber setzen, daß in Zukunft von ihrer Seite alles Mögliche getan werden würde, um den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden, wie andererseits auch der Wille hervortrat, diese und jene Maßnahmen bei der vorstehenden Bewegung künftig nicht wiederholen zu lassen, fand der Schluss der Konferenz in dem allseitigen Gelächter aus, nimmeh mit neuer Kraft der Zukunft entgegen zu arbeiten.

Der Buchdruckerverein in Lübeck, Mitglied der Deutschen Buchdrucker, hielt gestern abend im Gewerkschaftshaus eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in welcher der zweite Vorsitzende des Verbandes, Grafmann-Berlin, einen Vortrag über die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe hielt. Redner schilderte in eingehender Weise, wie die technische Entwicklung im Buchdruckgewerbe den Produktionsprozess verändert hat und die Lage des Arbeitsmarktes sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten beeinflusst. Dazu kommen die Verluste der Scharmacher, die Tarifgemeinschaft zu zertrümmern und das Bestreben des Gutensbergbundes, die Gehilfenschaft zu zersplittern. Demgegenüber ist ein fester Zusammenschluß aller Verbandsmitglieder und deren Mitarbeit in der Organisation, die Teilnahme an den Versammlungen dringend notwendig. Der Verband wird seine Aufgabe stets erfüllen können, wenn die Mitglieder von echter Kollegialität und dem echten Pflichtbewusstsein durchdrungen sind. Stürmischer Beifall folgte dem Referat, das von der Graphischen Liebertafel durch den Chor „Heil Gutenberg“ stimmungsvoll eingeleitet wurde. Dann blieb man bei Gesang und Vorträgen noch eine längere Zeit in acht schwarzkünstlerischer Gemütslichkeit beisammen.

Große Worte, aber wo bleiben die Taten? Am Sonntag fand in Kiel der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei Schleswig-Holsteins, Lübecks und Hamburgs statt. Auf dieser Tagung wurde auch über das preussische Wahlrecht, das schleswig-holsteinische Kommunalwahlrecht und über die Nordmarkpolitik geredet. Vom Lübecker Bürgererschaftswahlrecht, an dessen Schaffung auch Liberale mitgewirkt haben, sprach man nicht. Viele schöne Worte verlor man, die man jedoch mit dem bisherigen Verhalten der Fortschrittler schwer in Einklang bringen kann. Während der Vorrede von C. E. H. Hamburg es in seiner Begrüßungsansprache bedauerte, daß es bei der letzten Landtagswahl nicht zu einem Bündnis der schleswig-holsteinischen Nationalliberalen und Fortschrittler gekommen ist, bezeichnete der Abg. Waldstein in seinem Bericht über die Tätigkeit des Reichstages die Nationalliberalen als die Leute, die stets als getreue Schutztruppe die Konservativen geküßt haben. Und um ein Wahlbündnis mit diesen Leuten haben sich die Fortschrittler so sehr ins Zeug gelegt!

Zur Frage der Reform des preussischen Wahlrechts wurde eine Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß die Reform des preussischen Wahlrechts und eine zeitgemäße Neueinteilung der Wahlkreise nach wie vor die wichtigste und brennendste innerpolitische Frage Preußens und Deutschlands ist. Weiter heißt es: „Der Parteitag erhebt daher erneut und mit Nachdruck die Forderung der Reform des preussischen Wahlrechts und der veralteten Wahlkreiseinteilung und fordert die Landtagsfraktion auf, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um eine baldige, gründliche Reform herbeizuführen.“ Der Parteitag hält fest an der Forderung der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. In der Einführung der geheimen, direkten Wahl erblickt er eine Mindestforderung, die im Namen der politischen Moral erhoben werden muß, und deren Durchführung besonders für den Mittelstand einen wesentlichen Fortschritt bedeuten würde.

„Der Parteitag hält fest an der Forderung der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen“ — jedoch nur auf Parteitag und in Wahlreden. Im Landtag fällt es ihnen gar nicht ein, ernstlich für diese Forderung einzutreten.

Zur Frage der Wiedereinführung des Kommunalwahlrechts in Schleswig-Holstein wurde ebenfalls eine Resolution angenommen, in der sich der Parteitag entschieden gegen die Bestrebungen, welche die Einführung des Dreiklassenwahlrechts für die Stadtverordnetenwahlen und die Ausschaltung des Bürgerturns bei den Magistratswahlen in Schleswig-Holstein bezwecken, wendet. Der Parteitag erhebt dann die Forderung der Fortschrittlichen Volkspartei im Abgeordnetenhaus, bezüglich der Petition des patriotischen Vereins in Altona Übertragung zur Tagesordnung zu beantragen. — Hoffentlich hält die Entscheidung der Fortschrittler an, wenn es Ernst wird. Als im Jahre 1909 in den städtischen Kollegien in Kiel der Antrag auf Einführung der Dreiklassenwahl bei den Stadtverordnetenwahlen zur Beratung stand, stimmten bei der entscheidenden Abstimmung eine Anzahl Stadtverordnete, die dem liberalen Verein in Kiel angehörten, für den Antrag, nachdem sie vorher schnell ihren Austritt aus dem liberalen Verein erklärt hatten. Wenn sich wieder einmal solche „Entscheidung“ bei dem fortschrittlichen Bürgerturn zeigen sollte, dann ist es nicht weit her mit der Entscheidung.

Die Behandlung der Nordmarkpolitik gab dem Stadtrat Carstens-Elmsborn Gelegenheit, sein dänischfeindliches Herz auszuschütten. „Wo Deutsche kämpfen, müssen wir auf Seiten der Deutschen stehen. Die dänischen Agitatoren richten viel Böses an. Den Übergriffen der dänischen Agitatoren muß energisch entgegengetreten werden.“ rief er begeistert aus. Der fortschrittliche Parteisekretär Sörensen-Flensburg blies in dasselbe Horn. Andere Redner bezeichneten die Gewaltpolitik als etwas Verfehrtes, weil man damit nur rückwärts komme. Man einigte sich schließlich auf eine Resolution, in der alle Bestrebungen, Nordschleswig von Deutschland loszureißen, verurteilt werden. Das Bestreben der dänischen Bevölkerung nach Erhaltung ihrer Sprache und Sitte wird für berechtigt anerkannt, ungesetzlichen dänischen Ausdrucksformen soll entgegengetreten werden und kleinliche Nadelstichpolitik wird als erfolglos bezeichnet.

Überall schöne Worte. Man soll aber nicht nach den Worten, sondern nach den Taten urteilen. Daran hapert es bei den Fortschrittler, und deshalb wird auch aus der geschlossenen Phalanx von Bassermann bis Sebel, von der Abgeordnete Rau in einer öffentlichen Versammlung am Vorabend des Parteitages schwärmte, nichts.

b. Schöffengericht am 28. April. Billige Menschengerechtigkeiten. Mit der deutschen Sprache steht der geheime Stellungsvermittler K. dann im Widerspruch, wenn es sich darum handelt, seine eigenartige Anschauung über den Schaden billiger

Wenigerwerte nutzlosen. A. versteht es ganz besonders gut, über seine Werte Person einen harmlosen Scherz zu ziehen, und erst kürzlich gelang es ihm vor der Strafkammer, durch gute und rasche Vermittlung des Vorsitzenden mit dem Germanischen seine Freisprechung wegen Betrugs zu erzielen. Heute hatte er sich wegen Vergehens gegen das Stellenvermittlungsgesetz zu verantworten. Dieses Gewerbe selbst war ihm seiner Vorstrafen wegen verboten. Auf Umwegen versuchte K. aber doch, ein Geschäftchen nebenbei zu machen, indem er seinen Landsknechten Stellungen verschaffen wollte. Er versprach einem hiesigen Konservativenfabrikanten 30 bis 40 Frauen und Mädchen zu liefern, womit dieser einverstanden war, denn K. hatte die „Ware“ angeblich in Dassel liegen, und dadurch würden die teuren Meiselpesen aus Polen erspart. Da rentiert es sich schon, einem solch zuvorkommenden Mann 20 Mark zu geben. Mit diesem Goldstück war K. jedoch nicht zufrieden, er forderte auch von seinem Landsmann R. 10 Mk. und ebensoviele von dem Kasseher W., der sich nicht minder freute, bald Stammverwandte um sich versammelt zu sehen. Das sogenannte Kopfgeld wurde dem K. verweigert, „denn mit diesen Brüdern muß man energisch verfahren“, so meinte der Fabrikant, der nicht die billige Frauenware, wohl aber 14 betrunkenen Männergestalten empfing, die er andern Tags „wieder rausgeschmissen hatte“. Deswegen erfolgte auch die Anzeige gegen K., nicht die erste dieser Art. Mit Dummstellen hat schon mancher mehr oder weniger Erfolg gehabt, auch der Angeklagte, der sich heute damit herauszureden sucht, daß er sich nur als Dolmetscher betätigt habe. Damit hat K. sein Glück. Sein menschenfreundliches Handeln wird ihm mit 200 Mark gutgeschrieben. Kann er die Summe nicht zahlen, dann treten 30 Tage Gefängnis an ihre Stelle. — In mehr noch mehr. Kürzlich wurden dem Kellner K. von der Strafkammer wegen Diebstahls 9 Monate Gefängnis aufgebremst, nachdem er vom Schwurgericht in Göttingen wegen Sittlichkeitsverbrechen 4 Jahre Gefängnis erhielt. Zur Abwechslung kommen heute noch 6 Monate hinzu, die sich der Angeklagte durch Unterschlagung einfacherer Gelder verdiente. — Als Karitativsammler betätigte sich der 20jährige Arbeiter G., der in seinen Stellungen zu Krummesse und Gnißau zusammenlag, was ihm in die Hände kam. Diese Leidenhaftigkeit 1 Monat Gefängnis. — Kette Frischchen! Zwei junge vorbestrafte Arbeiter aus Posen, R. und S., erleichterten hienherum einen Tröbder um einen Anzug im Werte von 25 Mark, verklopften ihn für 5 Mark, die wieder im Kartenspiel verloren gingen. Ergebnis: je 4 Monate Gefängnis. — Das Gewissen! Hart am Zuchthaus vorbei streift der jugendliche Mörder J. aus Köpenik, der beim Behnertum zwei Mädchen um einen Groschen anpöbelte und, als ihm dieser verweigert wurde, dem einen die Handtasche mit 6 Mk. aus der Hand riß. Tags darauf schlug ihm das Gewissen, er meldete sich selbst bei der Polizei. Sein Vergehen streift hart an Strafverurteilung, der beim Verjagen milderer Umstände als Mindeststrafe mit 5 Jahren Zuchthaus geahndet wird. Das Gericht nahm Diebstahl an und verurteilte J. zu 6 Monaten Gefängnis.

Ein bemerkenswertes Urteil gegen die patriotische Schundliteratur, die leider auch hier in Lübeck eine gewisse Verbreitung findet, hat wie die Jugendchriftenwarte der „Leipziger Lehrerzeitung“ mitteilt, das Amtsgericht in Kiel gefällt. In der Zeitschrift „Pädagogische Reform“ waren Sammelhefte des „Verlagshauses für Volksliteratur und Kunst“ unter dem Titel „Unter deutscher Flagge“ und „Unter Fahnen und Standarten“ als literarische Schund bezeichnet worden. Die von dem Verlagshaus daraufhin gegen die Autoren der pädagogischen Artikel angebrachte Klage wurde vom Gericht mit einer Begründung abgewiesen, die für den Kampf gegen die Schundliteratur nicht ohne Bedeutung ist. Es heißt darin unter anderem:

„Wenn die Beschuldigten nach noch im Anschluß an verschiedene Erzählungen den Satz aussprechen: „Dieses letzte Beispiel zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr die Verlogenheit, die niederen Masseninstinkte auszuheben und zu nützen, so ist dies zunächst eine Kritik des Verlagshauses, das in den Ankündigungen ebenfalls darauf hingewiesen hatte, daß diese Erzählungen auf streng historischer Grundlage beruhten, nach unantastbaren geschichtlichen Quellen geschrieben und streng sittensrein seien. Es wird also der Anschein erweckt, als ob es sich bei diesen Erzählungen um die Schilderung wahrer Begebenheiten handele, die infolge ihrer geschichtlichen Ueberlieferung belehrend auf die Jugend einwirken. Statt dessen werden, wie die Beschuldigten nachgewiesen haben, die Tatsachen ganz verzerrt oder direkt falsch angeführt, so daß von einer auf Grund unantastbarer geschichtlicher Quellen geschriebenen Erzählung nicht die Rede sein kann. Die ganzen Erzählungen sind so gehalten, daß sie, anstatt verständig zu wirken, den Satz der Nationen zu wecken und zu nützen geeignet sind. Die Beschuldigten haben aber damit, daß sie diese gefährliche Wirkung der Heft brandmarken, durchaus recht getan. Alles in allem waren die Beschuldigten deshalb wohl bezeugt, von einer Verlogenheit zu sprechen, die bestimmt sei, die niederen Masseninstinkte geschäftlich auszunutzen.“

Die Spekulation auf die chauvinistischen Masseninstinkte wird aber nicht nur durch Bücher, sondern ganz besonders durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse betrieben, deren Bestreben es ist, unter einem gewissen „nationalen“ Deckmantel die Völker zu verheken. Des nennt man dann aber „Patriotismus“.

Jahrespreisermäßigungen. Vom 1. Mai bis 30. September d. J. werden in Lübeck Sonn- und Festtags Fahrkarten zu folgenden ermäßigten Preisen ausgegeben: Nach Rakeburg und zurück: 3. Klasse 1.— Mk., 2. Klasse 1,50 Mark. Nach Mölln (Lauenba.) und zurück: 3. Klasse 1,50 Mark, 2. Klasse 2,00 Mk. Nach Travemünde und zurück: 3. Klasse 0,75 Mk., 2. Klasse 1,10 Mk. Für Schnell- u. D-Züge haben diese Karten, auch gegen Zuschlag, keine Gültigkeit.

Konkurse. Über den Nachlaß des am 17. April 1914 zu Lübeck verstorbenen Kaufmanns M. G. Meyer zu Lübeck ist am 25. April 1914, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt H. C. Wollwe in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt. — Über das Vermögen des Gastwirts L. G. C. Stamer in Lübeck, Friedrichstraße 22, ist am 25. April 1914, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Mandatar Grünau in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurden: ein Buchbinder, der seitens der königl. Amtsanwaltschaft in Bockum wegen Betruges, und ein Kontorist, der seitens der Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Unterschlagung steuereinfriechlich verfolgt wird.

pb. Diebstahl. Am Sonntag, dem 26. d. Mts., fand in einem Vergnügungsort in Israelsdorf einem Retierenden eine Schlüsselfabrik (Quaderstein mit Gold) und ein silbernes Zigarettenetui abhanden gekommen und vermutlich von einem etwa 22 Jahre alten Mädchen, mit welchem er an einem Tische saß, gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Wegen Erkrankung des Herrn Kapellmeister Pfeiffer und des Herrn Siegle muß eine Verschlebung des Spielplanes stattfinden. Die Oper „Falstaff“ wird nunmehr am Sonnabend, dem 2. Mai, in Szene gehen, während am Donnerstag die Oper „Margarethe“ von Gounod gegeben wird. Die Inszenierung des „Falstaff“ liegt in den Händen des Herrn Oberregisseur Weyer, der damit seine letzte Regie-Arbeit in Lübeck liefert wird. Die Direktion hat Herrn Oberregisseur Weyer in Anerkennung seiner großen Verdienste um die Operinszenierung die Vorstellung als „Abschiedsvorstellung“ bewilligt, was allen zahlreichen Freunden des geschätzten Künstlers eine willkommene Gelegenheit sein wird, diesem Ehrenabend beizuwohnen. Zu gleicher Zeit bedeutet die „Falstaff“-Aufführung eine nachträgliche Verabschiedung, für die das beste, allerdings auch schwierigste Werk des genialen Künstlers gewählt wurde.

Katekau. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins tagte am Sonntagabend. Zur Aufnahme meldete sich ein Genosse. Die Quartals-Abrechnung ergab eine Einnahme und Ausgabe von 122,54 Mk. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand hat sich in diesem Jahre von 85 auf 95 gehoben, darunter vier Genossinnen. Wesentliche Versammlungen fanden vier statt, Mitgliederversammlungen elf. Bei dem Punkt Versammlungen wurde lebhaft debattiert, daß uns nur in Katekau ein großes und ein kleines Lokal zur Verfügung steht, während wir in den übrigen Dörfern nur eine Privatwohnung haben, und uns dadurch die Zusammenkunft mit den Genossen sehr erschwert wird. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 461,44 Mk., der dieselbe Ausgabe gegenüberstand. Den Bericht von der letzten Gemeinderatsung gab der Genosse Kruse. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Westphal, Vorsitzender, Müller, Stellvertreter, Liedtge, Kassierer, Traulau, Schriftführer, Markmann und Schlichting, Revisoren. Unter Berücksichtigung wurde die Anschaffung des neuen Regenerations-Gesetzes beschlossen. Die monatliche „Landpost“-Verbreitung für Groß- und Klein-Timmendorf wurde dem Genossen Wendorf übertragen. Weiter wurde noch beschlossen, uns an der Bauernnotwahl zu beteiligen. Die Auffstellung eines Wahlkandidaten soll in der nächsten Mitgliederversammlung erfolgen.

Hamburg. Ein grauenhaftes Familiendrama hat sich hier zugetragen. Der Fabrikarbeiter Schreyer trennte sich am Freitag von seiner Frau, nahm seine drei Kinder mit sich und bezog eine Wohnung am Mühlentamp 3. Am Montag wollte Frau Schreyer sich nach dem Befinden der Kleinen erkundigen und suchte deshalb die Wohnung ihres Mannes auf. Sie fand aber die Wohnung verschlossen. Als ihr auch trotz wiederholten Klopfens, trotzdem der Schlüssel innen aufsteckte, nicht geöffnet ward, begab sie sich zur Polizeiwache 21 und machte dort Mitteilung. Beamte begaben sich darauf nach der Wohnung, die erbrochen werden mußte. Nach gewalttätigem Öffnen der Tür fand man die Leiche des ältesten Sohnes auf dem Fußboden des Vorderzimmers, die des zweiten Sohnes im Bett eines Hinterzimmers und die der kleinsten Tochter auf dem Fußboden der Küche, sämtlich mit durchschnittenen Kehlen, auf. Schreyer selbst hing tot an einem Haken in der Küche. Sein linkes Halsbein war völlig mit Blut durchtränkt, sodaß man in der Annahme wohl nicht fehlte, daß der Vater die Kinder über das linke Knie gelegt und ihnen dann die Kehlen durchgeschnitten hat. Sämtliche Schnitte liegen auf der rechten Halsseite und sind mit einem in der Küche aufgefundenen kleinen Rasiermesser ausgeführt worden. Vor der Tat hat Sch. den Kleinen noch Käsebraten und Selterswasser gereicht, wie die Spuren noch deutlich zeigen. Um sich hierzu das nötige Geld zu verschaffen, hat er seinen Anzug für drei Mark veräußert. 50 Pfennig Bargeld ist noch aufgefunden worden. Auf einem Pappbeutel hat der Kindesmörder einige Zeilen niedergeschrieben, in denen er seiner Frau alle Schuld zuschiebt. Die Bluttat ist vermutlich bereits am Freitag abend oder in der Nacht zum Sonnabend verübt worden, da die Familie zuletzt am Freitag abend gesehen worden ist.

Grevesmühlen. Ein erschütterndes Familiendrama hat sich hier zugetragen. Passanten fanden die Leiche der Würstenmacherwitwe Stubber in einem kleinen Wasserloch an der Promenade in der Nähe der Stadtkirche. Die Frau, welche mit ihrem Sohne, welcher gleichfalls Würstenbinder ist, zusammenwohnte, wurde von diesem, einem starken Trinker, öfters mißhandelt. Wahrscheinlich ist dies wieder der Fall gewesen, was die Frau zu dem Entschluß, sich gemaltam das Leben zu nehmen, gebracht hat. Als der Sohn, welcher wieder angeunken gewesen sein soll, hiervon erfuhr, ging er nach dem in der Nähe der Stadt belegenen sog. Tannerberg und machte gleichfalls seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Bülow. Großfeuer. Bei herrschendem Sturm wurden Montag morgen durch Großfeuer die Wohnhäuser, Stallungen und Scheunen des Alderbürgers Stahlfuß und des Arbeiters Colmoßki bis auf die massiven Ringmauern eingedäschert.

Bremen. Die Bürgererschaft kam am Sonnabend mit der Budgetberatung nur langsam vorwärts. Unsere Genossen hatten bei der Position Polizei nicht allzuviel Monita, nur wurde gewünscht, daß die Jahre von Wolmershausen durch ein Schiff verhärtet werde. Der Senator bemerkte, es müsse dann wohl Fahrgeld erhoben werden, wogegen Genosse Kruse protestierte. Die meiste Zeit nahm ein Antrag in Anspruch, der an Stelle eines Zeichners bei der Deputation für die Stadterweiterung einen Techniker angestellt wissen will. Genosse Khe in betonte, daß, wenn ein Zeichner die Arbeit verstehe, man keinen Techniker brauche. Nun soll aber doch ein Techniker die Stelle bekommen, obwohl der Vertreter der Deputation dagegen war und den Zeichner als sehr tüchtig bezeichnete.

Literarisches. „In Freien Stunden“. Eine Wochenzeitschrift, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein illustriertes Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen durch alle Zeitungsverleger, Buchhändler und Kolporteurs. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.

Briefkasten. G. W. Katekau. Nach unserer Meinung braucht Ihr die Festrede nicht anzumelden. Die Korrespondenz dagegen bedarf der Genehmigung.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: T. H. Schmarzh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Persil

für  
**Wollwäsche!**

Henkels Bleich-Soda

1774

zu die vielen Aufmerksamkeiten und Gedächtnis zu unserer Hochzeit danken herzlich!

Carl Siggelkow u. Frau  
8457 Emmi geb. Sahlmann.

2 Schuhmachergehilfen für dauernde Arbeit gesucht. (3479)

Junk, Marienl.-Stockelsdorf.  
**Freundliches Logis** zu vermieten.  
8466) Ludwigsstraße 25. part.

Gesucht sofort 1 gr. leeres Zimmer oder 11. 2 Stuben-Wohnung. (3470)

Schröder, Teichstraße 10 a.

2 fast n. Mädchenkleider zu verk. (3466) Hundenstraße 88, part. im Hl.

Ein gebrauchter, guterhaltener brauner Kasten zu verkaufen. (3463) C. Spialtraße 46, 1.

15  Hutten Land zu verpachten (3475) Weisenhofstr. 13 a, II, 1.

**Holsten-Meierei**

Fernruf 2336 Wischedstr. 44 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126)

**Visitkarten**

- H. Ellenbeinkarton -  
100 Stück von Mk. 1.- an liefert

Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten: Johannsstr. 16.

1274) Raufe jeden Wollen ausgefärbtes Saar. Herm. Klempau  
Ludwigstr. 33 u. Butterstraße 20, II.

**Kränze**

Buketts u. Girlanden (127) liefert billigst

Fr. Schmidt Bülowstraße 11, Mariil und Dornestraße 16 a, Holstentor. Fernsprecher 1113.

**Schillers Werke**

3 Bände 4 Mk. Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannsstr. 46.

**Heines Werke**

3 Bände 4 Mk. Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannsstr. 46.

**Konsumverein**

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Auf Wunsch unserer Angehörten sind unsere Warenabgabestellen

am Freitag, dem 1. Mai geschlossen;

sonstfalls das Konor. Wir bitten unsere Mitglieder sich mit ihren Einkäufen hiernach richten zu wollen. (3476) Der Vorstand.

**Goethes Werke**

3 Bände 4 Mk. Buchhandl. Friedr. Meyer & Co., Johannsstr. 46.

**Pflanzkartoffeln, frühe, Gartendünger, Gemüsesamen** billigt Schelm & Wege, Mengstraße 10

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Lübeck.

**Achtung Jugendabteilung! Zusammenkunft**

am Mittwoch, dem 29. April abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus Johannsstr. 50-52.

Das Erscheinen aller jugendlichen Kollegen ist erwünscht. (8459) Die Jugendkommission.

**Sanitätsverband**

der kleineren Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (früher freie Hilfskasse).

**General-Versammlung**

am Donnerstag, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Johannsstr. 50-52.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1914. 2. Innere Kassenangelegenheiten. (3462) Der Vorstand.

**Restaurant Palmenhalle**

Holstenstraße 30.

**Wieder-Eröffnung**

im ganz renovierten Hause am Mittwoch, d. 29. April ds. Js. Vorzügliche Hansabiere. Gute Küche. (3465) Johannes Vanselow.

**H. Nevermann, Uhrmacher, Schwartau, Markt-Pavillon.**

Stockelsdorf, Ahrensböcker Straße 2.

Lager von Uhren, Gold- und Silberwaren. Ia. Reparaturwerkstatt. (3464) Weitgehendste Garantie.

**Konzerthaus Fünfhausen.**

Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen. Morgen Mittwoch: Großes Tanzkränzchen. (3468)

**Rüdnic : Herrenwyl : Siems**

Einladung zur

**Jubelfeier des 1. Mai**

bestehend aus **Festrede und Ball**

in W. Dieckelmanns Gasthof zu Rüdnic.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Festrede 8 1/2 Uhr.

**Arbeiter u. Arbeiterinnen von Rüdnic und Umgegend!**

Damit auch alle diejenigen, welche den 1. Mai nicht durch Arbeitstube begehen können, des Weltfeiertages der Arbeit festlich gedenken, ist es Pflicht aller, zu unserer Veranstaltung zu erscheinen. Auch wir protestieren gegen die Rüstungen zu Wasser und zu Lande, gegen die Kriegshetze, gegen die Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes, für politische Gleichberechtigung und den Völkfrieden.

Der Vorstand der Ortsgruppe Rüdnic-Siems. (3472)

8478) Habe mich als

**selbständiger Schuhmacher**

in der Sedanstr. 6 niedergelassen. Hans Giercke, Schuhmacher.

**Sozialdemokratischer Verein**

für Stockelsdorf u. Umgegend

**Versammlung**

der weiblichen Mitglieder

am Donnerstag, dem 30. April abends 8 1/2 Uhr

im Lokale des Herrn Paetau in Fackenburg.

Tages-Ordnung: Geschäftsbericht. Vorstandswahl. Verschiedenes. (3459) Die Vertrauensperson.

**Restaurant Palmenhalle**

Holstenstraße 30.

**Wieder-Eröffnung**

im ganz renovierten Hause am Mittwoch, d. 29. April ds. Js. Vorzügliche Hansabiere. Gute Küche. (3465) Johannes Vanselow.

**H. Nevermann, Uhrmacher, Schwartau, Markt-Pavillon.**

Stockelsdorf, Ahrensböcker Straße 2.

Lager von Uhren, Gold- und Silberwaren. Ia. Reparaturwerkstatt. (3464) Weitgehendste Garantie.

**Konzerthaus Fünfhausen.**

Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen. Morgen Mittwoch: Großes Tanzkränzchen. (3468)

**Rüdnic : Herrenwyl : Siems**

Einladung zur

**Jubelfeier des 1. Mai**

bestehend aus **Festrede und Ball**

in W. Dieckelmanns Gasthof zu Rüdnic.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Festrede 8 1/2 Uhr.

**Arbeiter u. Arbeiterinnen von Rüdnic und Umgegend!**

Damit auch alle diejenigen, welche den 1. Mai nicht durch Arbeitstube begehen können, des Weltfeiertages der Arbeit festlich gedenken, ist es Pflicht aller, zu unserer Veranstaltung zu erscheinen. Auch wir protestieren gegen die Rüstungen zu Wasser und zu Lande, gegen die Kriegshetze, gegen die Erschwerung des gewerkschaftlichen Kampfes, für politische Gleichberechtigung und den Völkfrieden.

Der Vorstand der Ortsgruppe Rüdnic-Siems. (3472)

**Bestehen Sie darauf!**

Lassen Sie Ihr **MAGGI-Fläschchen** nur aus dieser Originalflasche nachfüllen!

3461

**Tombola.**

Turnhallen-Bauverein E. V.

11	60	66	68	69	99
103	125	132	133	156	157
166	195	208	243	249	276
280	303	309	315	339	411
427	448	460	467	485	494
506	540	548	601	624	652
686	692	698	759	762	764
792	878	881	882	957	983
994	1000	1001	1024	1044	1059
1084	1112	1119	1201	1210	1253
1271	1308	1311	1321	1329	1371
1372	1388	1410	1433	1467	1474
1475	1554	1567	1594	1616	1681
1689	1778	1784	1803	1817	1831
1848	1872	1930	1951	1953	2046
2066	2113	2132	2135	2150	2159
2168	2171	2179	2212	2254	2264
2315	2348	2350	2358	2413	2423
2431	2440	2442	2449	2521	2532
2548	2602	2627	2643	2652	2658
2680	2692	2712	2719	2736	2739
2742	2743	2765	2773	2785	2811
2841	2878	2881	2896	2908	2945
2961	2970	3002	3012	3023	3026
3050	3078	3084	3097	3100	3127
3153	3178	3184	3195	3197	3225
3253	3266	3267	3280	3283	3293
3308	3322	3343	3357	3377	3417
3430	3452	3458	3495	3497	3504
3529	3555	3559	3565	3571	3631
3676	3689	3695	3743	3756	3770
3785	3835	3861	3952		

Die Gewinne sind am 28. und 29. April 1914, abends von 7-9 Uhr, im Gewerkschaftshaus abzuholen, später bei Braasch, Gundenstraße 41.

Gewinne, welche bis zum 15. Mai 1914 nicht abgeholt sind, verfallen dem Verein. (3471)

**Allgemeine**

**Detstramentasse**

in Lübeck.

Fortsetzung der ordentlichen

**Auswahlübung**

der Vertreter

Mittwoch, den 6. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr,

in Kempfers Gesellschaftshaus (Bürgerverein), Königstraße 25.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung bei Punkt 5. Genehmigung der Dienstordnung. 6. Sonstige Kassenangelegenheiten. Bei Behinderung eines Ausschussmitgliedes wird der Vertreter hinzugezogen, wenn dies spätestens 8 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.

Die Ersatzmänner der Ausschussvertreter können der Versammlung als Zuhörer beimohnen. Lübeck, den 25. April 1914. Der Vorsitzende des Vorstandes. Saarburger. (3460)

**Sozialdemokratischer Verein**

Schwartau-Rensfeld.

**Frauen-Versammlung**

am Mittwoch, dem 29. April abends 8 1/2 Uhr

im Lokale d. Hrn. Hilprecht (Gasthof Transvaal).

Um zahlreiches Erscheinen bittet (3458) Die Vertrauensperson.

**Maifeier**

in Schlutup.

Am Freitag, dem 1. Mai nachmittags 2 Uhr:

**Spaziergang nach Wesloe.**

Treffpunkt bei A. Saborowski. Abends von 7-12 Uhr:

**BALL**

im Lokale des Herrn Böge

Gasthof zum weißen Schwan. Preis der Karte 30 Pfg. Karten sind beim Komitee zu haben. (3478) Das Komitee.

**Fritz Rittschers Theater.**

Vom 16. bis 30. April 1914:

**Der schwarze Passagier**

des neuesten Flieger-Sketch.

**Adolf Ernest**

Zauberkünstler.

**The 3 Calbas???**

**Margot et Jenny**

mit ihren hochfeleganten elastischen Darbietungen.

**Hartenstein-Gastspiel**

**Gottlieb geht bummeln**

Originalbursche von Paul Hartenstein.

Hartenstein in seiner Parade-rolle als Gottlieb Käsemödel.

Anfang an Wochentagen 8 1/2 Uhr. (3275) Sonntags 8 Uhr.

**Gewöhnliche Preise.**

Vorverkauf bei Fr. Sager, Kohlmarkt, und Fr. Nagel, Markt.

**Neues Stadttheater**

Dienstag, den 28. April 1914: Außer Dienstag-Abonnement. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr

Einmaliges Gastspiel von **Albert Bassermann.**

**Traumulus**

Tragische Komödie von Arno Holz und Fersche. Erhöhte Preise. (3467)

Mittwoch, den 29. April 1914: Außer Abonnement. Einheitspreis. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

**Die spanische Fliege.** Schwank von Arnold u. Bach. **Jeder Platz 75 Pfg.** Donnerstag, den 30. April 1914: Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr. **Margarethe.** (Faust.) Oper von Gounod. Große Preise.

## Die Aufsichtsräte und die Arbeitslosen.

Das Protokoll der Ausschussverhandlungen des bayerischen Reichsrats über den staatlichen Zuschuß zur gemeindlichen Arbeitslosenversicherung ist soeben verteilt worden. Es zeigt, wie sich in den Köpfen arbeitsloser Feudalherren die Arbeitslosigkeit der Proletarier spiegelt.

Der Referent Frhr. v. Cramer-Klett (selbst der Sohn einer proletarisch-kleinbürgerlichen protestantischen Familie, jetzt feudal, katholisch-klerikal, Vorstandsmitglied der Zentrumsparterie) erkannte die Wichtigkeit dieser Forderung von 75 000 Mark an. Er bezeichnete sogar diesen Posten als den prinzipiell wichtigsten des ganzen Etats. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung seien zwei Schlagwörter, die immer wieder in der Politik erscheinen würden. Es handle sich hier um eine wirklich große Not, aber auch um Prinzipien von größter Bedeutung. Der Referent bekennt sich als Freund des Arbeiterversicherungsweßens. Er sähe sogar in einer Weiterentwicklung der Sozialversicherung, namentlich in der Einführung einer zwangswweisen Lebensversicherung für die deutsche Bevölkerung ein goldenes Zeitalter naßen, wenn der Hauptfaktor eines goldenen Zeitalters die Zufriedenheit in der menschlichen Natur wäre. Er meint auch nicht, daß die große Menge der Arbeitslosen als Arbeitsheute anzusehen seien, allein, wenn sogar der enorme Prozentjah von 50 % Arbeitsheute wären, so hätten doch die anderen 50 % der Arbeitslosen das Recht auf Bemühungen und Maßnahmen zu ihren Gunsten. Selbst die Gefahr einer Vergrößerung der Landflucht wäre kein Einwand gegen eine Arbeitslosenversicherung. Aber die Versicherung sei ein Sprung ins Dunkle. Aus den 75 000 Mark würden siebenstellige Zahlen werden. Das dürfte natürlich kein Grund sein, jetzt die Sache abzulehnen, wenn uns sichere Beweise vorlägen, daß die Arbeitslosenversicherung wirklich das erreichte, was man erreichen will: allen zu helfen und nicht ein wirkungsames Agitationsmittel gegen die bestehende Ordnung zu werden. Sämtliche Redner und sämtliche Besprechungen sind sich darin einig, daß eine Erfüllung dieser Wünsche nicht bevorsteht. Der Industriellenverband bezeichnet die Arbeitslosenversicherung als eine Maßregel, die das Uebel nicht nur nicht zu beseitigen in der Lage ist, sondern durch deren Wirkungen unter Umständen noch eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industrie und damit implizite eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeitgeber herbeiführt werden müsse. Der Zwang, sich um Brot und Unterhalt bemühen zu müssen, gehört zu den elementaren Kräften, die das wirtschaftliche und gesellige Leben beherrschen. Eine Verringerung dieser Lage würde eine vollkommene und absolute Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung verlangen. Der Sozialist Keir Hardie hat vor wenigen Tagen in englischen Unterhaus neben den gewöhnlichen Wünschen der sozialistischen Partei verlangt, endlich müsse das Prinzip des Rechts auf Arbeit anerkannt werden. Er fordert Einsetzung eines Arbeitsministeriums, das für die Vorbeugung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit verantwortlich wäre. Die Frage, ob ein „Recht auf Arbeit“ überhaupt existiert, dürfte nicht ohne weiteres bejaht werden. Ein Recht auf Zuweisung von Arbeit könnte wohl nur in einem kommunistisch eingerichteten

Staatsweijen verfassungsmäßig anerkannt werden. Wir treffen also auf Prinzipien, die der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung diametral gegenüber stehen und hier kommen wir meines Erachtens noch auf eine Frage, die den springenden Punkt der ganzen Angelegenheit in sich birgt. Ist eine Arbeitslosenversicherung unter Umgehung der Organisationsmöglichkeit, und kann durch eine Arbeitslosenversicherung überhaupt dem einzelnen, wenn er nicht einer solchen Organisation angehört, geholfen werden? Dies verneinen fast alle, die sich mit der Frage beschäftigen. Es dürfte ferner außerordentlich schwer sein, den Begriff der Arbeitslosigkeit festzulegen. Auch die verfahrenstechnischen Schwierigkeiten dürften wohl sehr groß sein.

Cramer-Klett führt weiter an, daß die Lösung der Arbeitslosenversicherung nur durch Hilfe der Gewerkschaften erreicht werden könnte. „Diese aber, die in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl der heutigen Staatsordnung feindlich gesinnt sind, mit Geld zu unterstützen, erscheint uns nicht als Aufgabe des Staats, verbietet sich für diesen eigentlichen von selbst. Das Experiment der Arbeitslosenversicherung sollte von jenen allein gemacht werden, zumal ihnen ja Millionen und Billionen zur Verfügung stehen, von denen nur ein kleiner Teil, 7 Millionen von 80 im Jahr für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben wird, während fast alles andere Agitationszwecken dient, die gegen den Staat und die von ihm zu schützende Gesellschaftsordnung gerichtet sind.“ (Ein grotesker Unsin!)

Weiter führt der Referent aus, daß für den kleineren Mittelstand absolut nichts geschieht. Was nicht dem Arbeiterstand angehört, wird nicht beachtet. „Aus diesem Grunde möchte ich diese neue Zuwendung an die arbeitenden Klassen ablehnen und die Aufmerksamkeit der Volksvertretung und der Parlamente auf jene unzähligen unglücklichen Existenzen innerhalb des deutschen Volkes wenden, denen kein rettender Stern aus der Finsternis ins Leben leuchtet.“

Zum Schluß ließ Cramer-Klett ein seltsames Loblied — auf die Sozialdemokratie erschallen:

„Die Staatsregierung legt außerordentliches Gewicht auf die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Sie muß sich . . . dessen bewußt sein, daß sie damit entweder einen Schlag ins Wasser vollführt, oder diejenigen Organisationen stärkt, deren Lebenszweck es ist, die Existenz des Staates, wie er jetzt besteht, zu vernichten. Wir stehen hier vor einem pythagoräischen Rätsel. Ich will nicht unterfragen, ob es sich um eine politische Maßregel handelt, die auf früheren Maßnahmen irgend welcher Art beruht, allein ein Grund scheint mir auch maßgebend zu sein, den wir so oft in der inneren Politik der Staaten finden. Wenn wir die Sozialdemokratie betrachten, so werden wir, auch wenn Westen uns von ihr trennen, wenn wir in ihr diejenige Macht sehen, die alles, was uns hoch und heilig ist, vom Thron stoßen will, deren Arbeit sich nicht nur gegen unseren Glauben, gegen unsere monarchischen Gefühle richtet, sondern auch die innersten Fajern unserer alten Weltanschauung, die Gefühle für die Familie, für Eigentum, für Nationalität austreichen will, nicht leugnen können, daß an diesen unsern Feinden viel Großes und Wertvolles verborgen ist. Welche politische oder religiöse Partei kennt eine solche Disziplin, kennt einen solchen Opfermut für Ideale und Ideen, daß sie aus den Sparspeunigen der Ärmsten jährlich Millionen und Aber-

millionen herauszieht? Welcher Partei gelingt es, ihre Streitigkeiten und Schwierigkeiten so rasch durch einen Hinweis aufs große Ganze zu überwinden? Alle diese nachahmungswürdigen Eigenschaften der Sozialdemokratie begründen ihre außerordentliche Macht, nicht nur auf die Gemüter ihrer Partisanen, sondern auch ihren Feinden gegenüber. Allein die außerordentliche Macht dieser mächtigen Partei liegt nicht nur in ihr selbst, sie liegt auch in der Angst, die ihre Gegner vor ihr haben, vor ihr, die mit ungezählten wohlorganisierten Massen arbeitet, sie liegt in dieser Angst, die zu castieren ihre Gegner nicht einmal klug sind. Seit Jahren und Jahren sehen wir in allen Ländern das Liebdägel der Monarchien mit ihrer Todfeindin. Man wäre glücklich, auch nur ein freundschaftliches Lächeln von der mächtigen Dame zu erhalten, aber man bekommt nur Ohrfeigen, die man dann nicht zu bemerken scheint. Die mächtigsten Reiche mit Hunderttausenden von Soldaten und Duzenden von Schiffen, mit den waffenstärkenden Verbündeten, mit weltumspannendem Handel, suchen ihre Gunst. Freilich umsonst, denn es wäre unklug von ihr, würde sie den außerordentlichen Vorteil, den dieses Gehaben ihrer Gegner ihr bietet, nicht ausnützen. Vieles, was in den letzten Jahren auch von den deutschen Regierungen, insbesondere von der Reichsregierung gezeichnet ist, trägt neben der offiziellen Flagge des Wohlwollens für die unteren Volksschichten den allzu sichtbaren Stempel der Furcht vor der mächtigen roten Fahne. Auch das Schlagwort „Arbeitslosenversicherung“ ist bei allem Edlen und Guten, das sein Klang enthält, nicht frei von diesem Stempel, und deshalb erscheint es mir gefährlich, diesen Weg zu beschreiten, den die Bayer. Staatsregierung gewählt hat.“

Minister v. Soden verteidigte die Regierungsvorlage. Wenn der Herr Referent von dem „Schlagwort“ der Arbeitslosenversicherung gesprochen hat, so möchte ich betonen, daß es sich jetzt nicht mehr lediglich um ein Schlagwort handelt, sondern daß die Zeit gekommen ist, etwas Positives zu schaffen, wenn auch nur in der Form eines Versuches. — Der Herr Referent hat weiter geäußert, es werde heutzutage überhaupt nichts mehr beachtet, was nicht dem Arbeiterstande angehöre. Es ist richtig, daß die Gesetzgebung der letzten Jahre in erster Linie die Interessen des Arbeiterstandes wahrgenommen hat. Aber ich muß doch der Auffassung entgegen treten, als ob Regierung und Volksvertretung die übrigen Stände in der Gesetzgebung vernachlässigt hätten. Im übrigen sind der Worte nun genug gewechselt und es ist an der Zeit, zur Tat überzugehen.

Für die Vorlage trat der Schwager des Kronprinzen, Graf zu Törring-Jettenbach ein. Er könne dem Bayerischen Staate nicht zumuten, sich an dem bisherigen planlosen System der Arbeitslosenunterstützung zu beteiligen, das sich in keiner Weise bewährt habe. Dagegen sei er gerne bereit, für die Vorlage der Staatsregierung zu stimmen. Nicht weil er sie für eine ideale Lösung halte, sondern weil er glaube, daß es die zurzeit wohl bestmögliche sei. Vom idealen Standpunkt aus wäre die beste Lösung das Genet System, das ja auch in Straßburg eingeführt sei; freilich jedoch unter der Voraussetzung, daß die große Mehrzahl der Arbeiter organisiert sei. Im übrigen glaube er, daß man schließlich und in nicht ferner Zeit zu einer Regelung der ganzen Frage auf reichsgesetzlichem Wege kommen werde, wobei den Gemeinden fakultativ die Einführung einer Zwangsversicherung zu gestatten wäre. Er würde sehr

## Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Sallas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(29. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Seit diesem Augenblick mochte Eugenie den „Treulosen“ nicht mehr sehen.

Als die Fürstin-Bräut und der Diener Jegor nach Moskau abreisten, drang Matar Matarowitsch in Eugenie, ihren Entschluß, in ein Kloster einzutreten, bis zum Sommer aufzuschieben, ja, er drohte ihr sogar, er werde ihr schließlich überhaupt keine Einwilligung verweigern. Auf diese Weise mußte Eugenie in Berezopole bleiben. Schließlich kam der Sommer, und das Mädchen traf durchaus keine Anstalten, um den Schleier zu nehmen. Dagegen verbreitete sich ein neues, unerhörtes Gerücht, welches Eugenie in intime Beziehungen zu einem Herrn brachte, der jetzt häufig in Berezopole zum Besuch weilte.

Wohl eine halbe Stunde mochte sie heute, in trauriges Nachdenken versunken, dort auf der Bank gesessen haben. Endlich schaute sie auf und blickte nach dem Badehäuschen hinüber. Sie wartete darauf, daß die Mädchen, welche sich gerade badeten, fortgehen sollten; denn sie hatte längst aufgehört, mit anderen sich zu baden, da sie kein Vergnügen daran fand, unter Lachen und Scherzen lange Zeit sich im Wasser zu tummeln, sondern nur wenige Sekunden darin blieb und sich dann mühsam ans Ufer schleppte. Endlich kamen zwei Mädchen aus dem Badehause und riefen ihr von weitem zu: „Du kannst schon gehen, Prinzessin; die übrigen kleiden sich bereits an.“

Eugenie wollte aufstehen, um ins Badehaus sich zu begeben, als sie in der Ferne Trubikof erblickte. Sie war sehr erstaunt, den Verwalter um diese Zeit im Garten zu sehen, da derselbe ein sehr regelmäßiges Leben zu führen pflegte, so daß man zu jeder Stunde genau wissen konnte, wo er war, und was er trieb. Diesen Teil des Gutes suchte er überhaupt niemals auf; denn er ging weder jemals im Parke spazieren, noch war er ein Freund vom Baden.

Matar Matarowitsch grüßte Eugenie mit einer wohlwollenden Handbewegung, trat näher und setzte sich auf die Bank, um Atem zu holen.

„Suchen Sie vielleicht mich?“ fragte das junge Mädchen. „Nun, puh, Gott sei mir gnädig, ich erwidere“ tief der alte Edelmann. „O wie alt werde ich doch schon! Wenn ich mich bei der Hitze ein Weßchen ins Freie wage, dann geht mir

so gleich der Atem aus. Nein, nein, Dich habe ich nicht gesucht, aber da ich Dich zufällig treffe, so ist es um so besser. Befindet sich noch jemand im Badehause?“

„Jawohl, einige Mädchen“, antwortete Eugenie. „Ich warte schon längere Zeit, daß sie fortgehen sollen.“

„Nun, dann werde ich die Mädchen hinausjagen; denn das Badehaus soll sofort geräumt und gewaschen werden. Du mußt dein Bad auf eine spätere Stunde verschieben. Wir bekommen in dreißig bis vierzig Minuten einen Gast, der wahrscheinlich doch ein Bad nehmen will.“

„Und wer ist dieser Gast?“ fragte Eugenie verwundert.

„Der nämliche, der früher so häufig hierher kam, sich jedoch in der letzten Zeit fast gar nicht mehr blicken ließ. Nun, von wem hat man denn Dir so viel in die Ohren gerannt?“

„Er sollte ja erst in drei Wochen kommen“, verjeste das Mädchen in ernstem Tone.

„Nun gefällt es ihm aber, schon heute zu kommen“, jagte Trubikof.

„Er hat mich davon benachrichtigt.“

„Und dennoch hat er feierlich gelobt, niemals wieder in Berezopole sich sehen zu lassen“, meinte das junge Mädchen.

„Zu Befehl, mein Fräulein, als er sich mit Dir zankte, gelobte er, unser schönes Schloß niemals mehr zu betreten, oder doch wenigstens nicht vor Ablauf von vier Wochen. Und siehe, kaum sind acht Tage verfloßen, da ist er schon wieder hier!“

„Warum denn aber?“ fragte Eugenie ängstlich.

„Du brauchst durchaus keine Angst zu haben, Fräulein; denn es handelt sich keineswegs um Deine werthe Person mehr, sondern es ist vielmehr eine höchst wichtige Angelegenheit, welche den Fürsten heute hierher führt. Elias Petrowitsch will mit mir etwas beraten, und dann fahren wir zusammen in die Kreisstadt.“

„Was ist denn geschehen?“

„Der Fürst will mir die Verwaltung des Gutes Pratschschnoe ebenfalls übertragen, da er auf fünf Jahre ins Ausland zu reifen beabsichtigt.“

Während Matar Matarowitsch dieses sagte, lächelte er eigentümlich und sah das Mädchen prüfend an. Eugenie schlug die Augen nieder, verzog jedoch keine Miene.

„Nun, was sagst Du dazu?“ fragte Trubikof nach einer Weile.

„Nichts, gar nichts“, flüsterte Eugenie. „Es ist gewiß so gut; denn er hat sein ganzes Leben in fremden Ländern zugebracht und gehört deshalb auch dorthin.“

„So, so . . . Du bist also jetzt zufrieden?“

„Zufrieden bin ich nicht, aber jedenfalls ist es so besser. Das ewige Geschwätz der Leute ekelt mich schon längst an; endlich werden sie mich doch in Ruhe lassen.“

„Du bist ein sonderbares Mädchen“, entgegnete Matar Matarowitsch, während er voll tiefen Mitleides seine Hand auf ihre Schulter legte. „Dafür habe ich Dich nur noch mehr lieb gewonnen, ja, ich achte Dich sogar, allein . . .“ Indem er seine Hand wieder von ihrer Schulter nahm, fuhr er fort: „Dennoch kann ich es nicht verstehen.“

„Aber was wäre denn hier so unbegreiflich? Die Sache ist ja höchst einfach.“

„Nein, meine liebe Eugenie, die Sache ist keineswegs so einfach. Ich verstehe mich in Deine Lage und fange an zu überlegen. Ich bin ein hübsches, junges Bauernmädchen, und er ist ein Fürst und ein reicher Gutsbesitzer, und dabei ein solch unbegreiflicher Mensch, wie man auf Erden schwerlich einen zweiten trifft. Er kommt mir beinahe wie ein neugeborenes Kind vor, er hat ein Kinder Gesicht, macht Brummel mit dem Munde und klatscht in die Hände. Eugenie, ich sage Dir, Du kannst mit ihm machen, was Dir beliebt; willst Du, daß er laßt, so laßt er, und soll er weinen, so weint er. Und warum sollte man nicht mit allem einverstanden sein, was er in seiner unbegreiflichen Güte sagt und tut? Du könntest ihn am Schnürchen leiten, und Du hättest das reinste Paradies auf Erden. Allein weil Du alles zurückweiserst, obwohl Du eine Leibeigene bist, kann ich Dich nur achten und zugleich bewundern.“

„Matar Matarowitsch, habe ich Ihnen nicht wiederholt gesagt, daß ich solche Reden nicht hören will? Ich brauche Ruhe, und es ist mir lästig, mir fortwährend daselbe dumme Zeug in die Ohren summen zu lassen.“

„Dann ist er Dir wohl widerlich?“

„Nein, auch darüber haben wir schon gesprochen! Wie wäre es nur möglich, solch einen guten Menschen nicht zu lieben? Für seine Güte habe ich nichts, als Liebe; denn selbst ein Herz von Stein könnte dieser unbegreiflichen Güte gegenüber nicht gleichgültig bleiben, und in meinem Busen schlägt doch, Gott sei Dank, ein menschliches Herz!“

„Da haben wir's wieder! Gott sei mir gnädig, Du drehst Dich in die Runde, wie ein Cichhörnchen im Kade! Aber, bitte, drücke Dich einmal deutlicher aus!“

„Nun denn, ich liebe ihn, aber ich will ihn nicht zum Manne haben. Ist er denn etwa der einzige Herr in dieser Gegend? Es gibt noch viel jüngere hier. Obwohl ich eine Leibeigene bin, so kann ich doch über meine Liebe frei verfügen.“

„Aber nun höre einmal, Eugenie! Ich will Dir etwas erzählen, und ich weiß bereits im voraus, daß Du alsdann vor Freude von der Bank aufspringen wirst. Gott sei mir gnädig, Du weißt, ich habe noch nie in meinem Leben gelogen!“

bedauern, wenn der Vorstoß der Staatsregierung nicht angenommen würde, denn die Lösung dieser für die Allgemeinheit so wichtigen Frage müßte unbedingt einmal in Angriff genommen werden. Er erinnere an die Zeit vor Erlaß der ersten sozialen Versicherungsgeetze. Damals habe man die gleichen Einwände gehört, man habe gesagt, es beständen verkehrungstechnisch unüberwindbare Hindernisse, die Industrie würde konkurrenzunfähig werden. Heute betrachte man die Arbeiterversicherung als selbstverständlich, keine der gehegten Befürchtungen hätte sich verwirklicht, so werde es auch mit der Arbeitslosenversicherung gehen.

Die eigentliche Führung gegen die Regierungsvorlage hat der frühere Ministerpräsident Graf Craikshelm, ein durch diverse Ausschüßratsposten an die Schatzmachereiindustrie geketteter Herr.

Der Minister griff wiederholt zu gunsten der Regierungsvorlage ein und lehnte den Antrag des Referenten ab, der die 75 000 Mark für allgemeine Wohltätigkeitszwecke der Arbeitslosenfürsorge verwendet wissen will.

Die drei Ausschüßmitglieder, die für die mit acht Stimmen abgelehnte Regierungsvorlage stimmten, waren: der Kronprinz, Graf Dörring und Professor v. Schanz, der bekannte Finanzlehrer.

## Aus der Partei.

Die Groß-Berliner Polizei und die Rote Woche über die Parteigenossen, die während der Roten Woche Plakate aufgehängt oder Zeitel angeklebt haben sollen, in denen Aufforderungen zum Abonnement auf die Presse und zum Beitritt in die Organisationen enthalten waren, ist ein Jagdschauer von Strafmandaten niedergegangen. In Berlin selbst lauten die Strafmandate fast ausschließlich auf Gast von 5 bis zu 14 Tagen. Viele Restaurateure und Ladenbesitzer, denen vorgeworfen wird, Plakate über die Rote Woche aufgehängt zu haben, sollen je 50 Mk. an die Polizeikasse zahlen. Eine Anzahl Genossen ist auch sofort mit einer Anklage bedacht worden. Es ist im Augenblick der ganze polizeiliche „Segen“ noch nicht zu übersehen, es steht aber schon jetzt fest, daß die Polizei beabsichtigt, einen sehr reichlichen Zehnten von dem Ertrag der roten Woche einzuzuführen.

Die Verdringung der roten Prinzessin, Genossin Dr. Willem, fand am Sonntag nachmittag in Breslau unter zahlreicher Beteiligung statt. Nach dem Gange schritten zunächst die Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen und dann in einem langen Zuge die Breslauer Arbeiter. Auf dem ganzen halbständigen Wege bildete die Bevölkerung rechts und links des Zuges Spalier. Der Friedhof wurde wegen des starken Andranges polizeilich abgesperrt. Ein katholischer Pfarrer erwähnte in seiner Rede die große ungeheure Liebe der Verstorbenen zu weissen Schichten des Volkes. Da die Breslauer Polizei die Beschlagnahme von roten Straßenschildern angefangen hatte, baten die Angehörigen, zur Vermeidung von Unruhen auf der Straße von diesen Schildern Abstand zu nehmen. Dagegen trug der Garg die schwarze Schleife d. s. württembergischen Königshauses.

## Eine Frage an den preussischen Eisenbahnminister.

Seit Monaten sind 4000 Arbeiter der Breslauer Linke-Hofmann-Werke ausgeperrt, nur weil sie sich geweigert haben, jährliche alte Altkorde, bei denen sie noch nicht einmal besonders viel verdienten, sich kürzen zu lassen. Die Linke-Hofmann-Werke leben im wesentlichen von den alljährlich wiederkehrenden großen Wagon- und Lokomotivaufträgen, die sie vom preussischen Staate erhalten. Die Geschäfte sind, wie bei allen Staatslieferanten dementsprechend immer glänzend gewesen. Die Linke-Hofmann-Werke gehören heute zu den Aktiengesellschaften, die fortgesetzt Manipulationen vornehmen müssen, um im eigenen Heberfluß der Dividenden nicht zu ertrinken und um die Öffentlichkeit nicht auf ihre Reichgewinne aufmerksam zu machen.

Das königliche Eisenbahnenzentralamt hat im vorigen Etatjahre die Preise für die von ihm vergebenen Lieferungen um eine Kleinigkeit herabgesetzt, weil nach dem Umschlag der

Konjunktur nach seiner Meinung die Preise etwas heruntergehen müssen. Der Eisenbahnminister hat es selbstverständlich nicht gewagt, den Wagonfabriken und Lokomotivbau-Gesellschaften die hohe Staatsrente aus den von ihm vergebenen Aufträgen selbst zu kürzen, er hat, wie gesagt, die Preise nur um drei Prozent herabgesetzt, weil ja auch die Materialpreise gesunken waren. Die Linke-Hofmann-Werke haben deswegen auch 1913 wieder ganz kolossal verdient, 17 Prozent Dividende verteilt und außerdem noch mindestens eine Million Mark als stille Reserven neben den offiziellen Rückstellungen verbuchen können.

Diese Linke-Hofmann-Werke haben die Arbeiter ausgeperrt, weil sie nach ihrer Begründung sich der dringend notwendigen Verbilligung der Staatsaufträge — deren Preise als sehr gedrückt hingestellt werden — entgegenkommen geweigert haben. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Linke-Hofmann-Werke als Hauptführer der neugegründeten Wagonbauvereinigung, die überdies keine ernsthaften Inhaber besitzt, durch ihren Kampf mit den Arbeitern die Regierung zwingen will, auch jetzt noch nicht die normalen Staatslieferungspreise, sondern Hochkonjunkturpreise für Lokomotiven und Eisenbahnwagen zu zahlen! Hinter den Linke-Hofmann-Werken steht die den preussischen Staat planmäßig ausbeutende Wagonbauvereinigung und wartet gespannt auf das Ergebnis, dessen Zeche in Wirklichkeit die Arbeiter, die doch auch preussische Staatsbürger und Steuerzahler sind, doppelt und dreifach zahlen sollen.

Es ist sehr notwendig, daß der preussische Eisenbahnminister aus seiner Reserve heraustritt und deutlich erklärt, inwieweit er als Verantwortlicher des Staatswohlles es für richtig hält, den Linke-Hofmann-Werken solch frevelhaftes Spiel zu erlauben. Es darf nicht möglich sein, daß Privatkapitalisten ausgeperrte Arbeiter als Beweis für die Notwendigkeit von monopolistischen Wucherpreisen mißbrauchen. Hier muß der Eisenbahnminister eingreifen, wenn man nicht von ihm glauben will, daß er die mehr als eigenartige Geschäftspolitik der Wagonbauvereinigung und im besonderen der Linke-Hofmann-Werke billigt und durch sein Nichteingreifen sogar noch unterstützt.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Ohnmacht der Handlungsgehilfenbewegung. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte, weil die Reichstagsverhandlungen über die Sonntagsruhe einen so ungünstigen Verlauf genommen haben, sich bekanntlich an die übrigen großen Verbände der kaufmännischen Angestellten gewendet und diese ersucht, mit ihm eine gemeinsame Vereinbarung zu treffen, wonach die Mitglieder der Organisationen bei den Unternehmen vorstellig werden und von einem zu bestimmenden Zeitpunkte ab die Leistung weiterer Sonntagsarbeit ablehnen sollen. Diese Aktion ist aber gescheitert, da die bürgerlichen Verbände es abgelehnt haben, dem Vorstoß zuzustimmen. Sie haben es sogar abgelehnt, ihre Verbandsstellenvermittlungen für solche Stellen zu sperren, in denen nach wie vor Sonntagsarbeit geleistet wird. Nach Lage der Sache konnte der Zentralverband der Handlungsgehilfen nicht anders, als die Masse der Handlungsgehilfen erneut aufzufordern, endlich zu gewerkschaftlichen Mitteln zu greifen, nachdem sich immer wieder herausstellt, daß die bürgerliche Reichstagsmehrheit ihren Wünschen nicht nachkommt. Viel Hoffnung, daß die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände dem Vorstoß zustimmen würden, bestand von Anfang an nicht. Es konnte aber nicht erwartet werden, daß jene Verbände es geradezu als Grundfaß proklamieren würden, daß die Handlungsgehilfen unterwürdig sein und bleiben müssen. Der Verein für Handlungs-kommis von 1888 und der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband haben nämlich den Vorstoß zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe dazu benutzt, um in zahlreichen Tageszeitungen ausdrücklich zu betonen, daß sie gar nicht daran denken, für ihre Berufscollegen das zu erstreben, was ihnen die Gesetzgebung und die Unternehmer verweigern. Die bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände suchen die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen vorgeschlagene Aktion als eine bloße Agitationsmasche hinzustellen, ohne sich dabei der Tragweite ihrer Worte voll bewußt zu sein. Denn wenn der Vorstoß geeignet ist, agitatorisch zu wirken, so würde damit erwiesen sein, daß die Masse der Handlungsgehilfen nicht so demütig gesinnt ist, wie ihre bürgerlichen Führer. In der Tat wird allerdings das Verhalten der großen Handlungsgehilfenverbände wohl dazu beitragen, den Angestellten die Augen darüber zu öffnen, daß sie von denjenigen Organisationen, denen sie bisher in ihrer Mehrheit nachgelaufen sind, eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse nicht zu erwarten haben. Das würde der erste Schritt auf dem Wege sein, der gegangen werden muß, wenn die kaufmännischen Angestellten aus ihrer Schwäche und Ohnmacht herauskommen wollen.

Eine antijoziale Tat. Wenn der Münchener Magistrat es bisher verstanden hat, den Ruf einer sozial fortgeschrittenen Stadterwaltung aufrecht zu halten, so scheint das Bauamt die Abflucht zu haben, jetzt diesen Ruf gründlich zu besudeln zu wollen. Dem im Regiebetrieb beschäftigten Pflasterer ist nämlich in diesen Tagen ganz plötzlich eine 10 prozentige Lohnherabsetzung aufgepfalzt worden, die bezüglich damit begründet wird, daß die Pflasterer bei den bisherigen Akkordlöhnen zu hohen Verdienst erzielt haben! Sieht man von dieser sehr bedauerlichen sozialen Seite des Vorganges ab, so kann der Magistrat sich in formalen Hinsicht allerdings geltend machen, daß er an keinerlei Tarif oder ähnliche Bestimmungen gebunden ist und mithin die Löhne nach seinem Belieben festsetzen kann. In einem nach sozialen Gesichtspunkten geleiteten Betriebe allerdings wird man sich mit den Arbeitern zu verständigen suchen, was hier nicht geschehen ist; die Arbeiter wurden einfach vor die vollzogene Tatsache gestellt. Aber das Bauamt, speziell sein Leiter, der Bauamtmann Hörburger, geht noch viel weiter. Neuerdings ist von ihm ein Ufas herausgekommen, der den Privatbetrieben nichts geringeres zumutet, als den erst in diesem Jahre nach langem zähen Ringen zum Abschluß gekommenen Tarifvertrag glatt zu durchbrechen. Auch da hat es dem Herrn Bauamtmann der „zu hohe“ Akkordverdienst angetan; allerdings wird von einigen „Akkordlöwen“ bei einer bestimmten Arbeit hoher Verdienst erzielt. Es handelt sich um sogenanntes Kleinpflaster, von welcher Arbeit der genannte Herr die anständigen Münchener Pflasterer bisher systematisch ferngehalten hat, angeblich, weil sie es nicht verstehen. Jetzt sollen sie erst einen Kursus zur Erlernung dieser Arbeit durchmachen — wozu sich die Arbeiter auch bereit erklärt haben — und dann sollen sie zu der Arbeit zugelassen werden, wenn — sie sich bereit erklären, zwölf Prozent unter dem vereinbarten Lohn zu arbeiten. Dabei muß man bedenken, daß in einer ganzen Anzahl von Städten derselbe Preis, zum Teil noch höherer Preis, für diese Arbeit gezahlt wird, wie er im Münchener Tarif festgesetzt ist. Die Folge des bauamtlichen Vorgehens ist, daß entweder die Münchener einheimischen Pflasterer nach wie vor auf diese Arbeit verzichten müssen und diese weiterhin von fremden Arbeitern ausgeführt wird, oder aber sie übernehmen die Arbeit zu dem reduzierten Preise und werden damit zum Lohndrücker gegenüber ihren fremden Kollegen. Die Arbeit verweigern dürfen sie auch nicht, da das Gewerbegericht München in einem früheren Falle entschieden hat, daß unter keinen Umständen die Arbeit eingestellt werden darf, wenn ein Tarifvertrag besteht. Bemerkenswert sei noch, daß der genannte Stadtbeamte in einem Prozesse als Zeuge erklärt hat, er sei durchaus „sozial gerichtet“.

## Im Gespentergefängnis.

Jede Veränderung im Gefängnisleben wurde mit Geschicklichkeit ausgenützt, um neue Qualen zu schaffen. Es schien, als wären die Gefangenen in ein fischeliges Netz eingewickelt, in welchem jede Bewegung schreckliche Schmerzen bereitete. Während des ganzen Jahres nach unserer Ankunft wurde in der ganzen Etage ständig geschlagen. Diese Peinlichkeit wurde hauptsächlich durch zwei geistesgestörte Gefangene veranlaßt, die ständig tlagten, die anderen wollten sie töten, weil sie sich für ihren Verrat rächen wollten. Das genügte vollständig, um alle Insassen dieser Zelle peitschen zu lassen. Dann versetzte man die Berrücken in eine andere Zelle, wo sich die gleiche Geschichte wiederholte. Auf diese Weise wurde die ganze Etage ununterbrochen gepeitscht. Aus einer der unglücklichen Zellen richteten die politischen Gefangenen ein Gesuch an den Gefängnisinspektor, man möchte diese zwei Gefangenen einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Das Schreiben wurde dem Inspektor gar nicht zugestellt und seine Verfasser wurden erbarmungslos geschlagen. Erst nachher stellte man die zwei Kranken unter besondere Aufsicht, worauf sie sich gegenseitig anklagten und nun endlich auf Grund einer ärztlichen Untersuchung als Geistesranke in eine Anstalt für solche interniert wurden. Zu den schlimmsten Qualen im Dreier Gefängnis gehören der Karzer und die Arbeit bei der Reinigung der Baumwolle. Der Karzer wird im Winter natürlich nicht geheizt. Die Häftlinge werden, nur mit Wäsche bekleidet, auf den kalten, steinernen Fußboden geworfen. Standhaftere und verhasste Gefangene strecke man in eine Zwangsjacke und band ihnen Hände und Füße. Dann wurden sie an den Füßen gepackt und einige Male auf den Fußboden geworfen. Das war eine Folter, die meist innere Verletzungen zur Folge hatte.

Die Arbeit bei der Reinigung der Baumwolle war noch schlimmer. Denn außer der Baumwolle bekam man auch die gebräuchliche Portion Schläge.

„Was? Wirst du in die Baumwolle?“ drohte der Assistent Sangailo, und das war die schlimmste Drohung. Der

„Was gibt es denn?“ fragte das junge Mädchen bestürzt. Fürst Elias Petrowitsch verteilte nicht, sondern er kommt hierher, um eine wichtige Geschäftsangelegenheit mit mir zu besprechen. Die Fürstin, Gott sei mir gnädig, unsere frühere Herrin Praskowia Andrejewna verkauft Beresopole; sie will nicht zu uns zurückkehren, und der Fürst hat gewissermaßen die Pflicht, Beresopole zu kaufen, weil es ein Erbgut ist.“

Eugenie richtete sich hoch auf und sah Trubitzko mit großen Augen an.

„Fürst Elias Petrowitsch will Beresopole kaufen?“ „Gewiß, und Ihr alle werdet seine Leibeigenen sein, doch Dir, mein Täubchen, stelle ich keinen Freiheitsbrief aus.“

Einen Augenblick schwebte Eugenie, dann fragte sie langsam:

„Werden Sie auch den Fluch irden legen und sämtliche Stride vernichten lassen?“

„Ich verhebe nicht, was Du da schwägest,“ jagte Matar Matarowitsch.

„Ich denke, wenn Elias Petrowitsch auch Beresopole kauft, und ich seine Leibeigene werden sollte, so wird es mir trotzdem immer noch möglich sein, ins Wasser zu springen und mir das Leben zu nehmen.“

„Dumheit, davon ist ja gar keine Rede! Du weißt, daß er Dir, auch wenn Du seine Leibeigene geworden bist, niemals das geringste Leid zufügen wird. Es handelt sich gänzlich nur darum, daß wir in ihm nicht mehr den Nachbar, wie bislang, sondern den Besitzer von Beresopole zu begrüßen haben.“

„Aha, und was liegt daran?“

„Denke und überlege es Dir!“

Eugenie antwortete nichts, und der Alte schwieg ebenfalls.

Wichtiges war die Nachricht, welche Trubitzko dem jungen Mädchen überbrachte, völlig richtig. Frau Pauline Matarowitsch lebte mit ihrem Seiten noch immer in Italien und schrieb ihrem Vater wiederholt, daß sie Beresopole zu verkaufen beabsichtige. Lange Zeit hindurch rief ihr Elias Petrowitsch ganz ernstlich ab. Allein sie war noch wie vor unentschieden, nicht an einen Ort zurückzukehren, wo ihr Mann ein leibhaftiger Tyrann gewesen war. Der Fürst sah schließlich kein Mittel, als das junge Ehepaar in Beresopole viel Geld und Honore zu verdienen haben würde, und als ihm daher eine solche Gelegenheit, das sie bereits in St. Petersburg etwa fünfzigtausend haben, antwortete er ihr sofort, er habe es für bester und wolle Beresopole kaufen, nur möge

sie hinsichtlich der Zahlung sich ein wenig gedulden. Später stellten sich dem Verlaufe neue Schwierigkeiten entgegen, da die jetzige Besitzerin des Gutes im Zustande weite und zudem die Ehefrau eines Leibeigenen war.

Matar Matarowitsch blickte das junge Mädchen noch einmal schweigend an und entfernte sich. Er jagte die Mädchen aus dem Badehaufe, ließ daselbe reinigen, bestellte ein Diner für den Fürsten und begab sich hierauf in die Orangerie, um hier die besten Kirchen und Aprikosen zum Nachtsich zu holen.

Eugenie erhob sich ebenfalls, um nach Hause zu gehen, doch plötzlich bog sie vom Wege ab und schritt auf den Birkenhain zu, welchen sie fast noch niemals betreten hatte. Sie war sehr erregt, und ihr bleiches Gesicht glühte, als hätte sie eine große Freude oder aber eine schwere Beleidigung erfahren. Als sie den großen freien Platz erreichte, von welchem viele Wege ausgingen, legte sie sich ins Gras, lehnte sich an einen Baumstamm und rief:

„Nun, ich muß es mir überlegen!“

### V.

Es wußten in Beresopole gar viele, daß Eugenie den Tischler Jegor geliebt hatte, allein niemand ahnte, daß diese Liebe zu einer Leidenschaft emporgehoben war und noch jetzt in ihrem Herzen glühte. Auch Trubitzko hielt, als er das junge Mädchen nicht mehr vom Kloster sprechen hörte, diese Liebe für erloschen.

Aber Eugenie vermochte die Vernichtung ihres Liebesglüdes nicht zu vergessen; wohl hatte sie sich in der letzten Zeit alle nur denkbare Mühe gegeben, um die Liebe zu Jegor aus ihrem Herzen zu reißen, doch es gelang ihr mit nichts. Inzwischen machte ihr der gutmütige Fürst in auffallendster Weise den Hof und bezeugte sie mit allerhand Kleinigkeiten. Bald nach der Abreise seiner Cousine ließ er Eugenie rufen, damit sie seine Wäsche ausbehere; sie war deshalb lange Zeit auf seinem Gute, allein man sah es ihr nur allzu deutlich an, daß sie sich langweilte. Einmal schlug er ihr vor, sie möge als Wirtin in seinem Hause bleiben. Der Fürst wußte es selbst nicht, warum er sich gerade so sehr um ein einfaches Bauerntöchterchen interessierte, vielleicht nur deshalb, weil Eugenie ihn immer an seine erste Liebe erinnerte; in Gedanken konnte er sie immer Daria. Er meinte, daß in Russland auf solch einem Gute, wie Pratschschnowe, eine Wirtin und Fremden empfangend wäre, und zwar würde diese ein einfaches Mädchen sein; eine Dame, die er vielleicht hätte heiraten können, schien ihm nicht hieher zu passen. Nur zu

gut fühlte er, daß er sehr alt, sehr träge und bequem, ja griesgrämig geworden war. Auch wußte er, daß er trotzdem seines Reichtums wegen jederzeit eine ebenbürtige Frau finden konnte. Allein würde diese Frau ihn auch lieben, oder nahm sie ihn vielmehr bloß um seines vielen Geldes willen? Von einem Bauerntöchterchen hand es noch eher zu erwarten, daß es ihn lieben würde; denn er war ja doch immer ihr Herr. Selbstverständlich war er auf solch einen Widerstand, wie er bei Eugenie fand, nicht gefaßt. Gleich bei den ersten Worten hatte sie ihn scharf zurückgewiesen. Nach vierzehn Tagen kehrte sie nach Beresopole zurück; für ihre Arbeit nahm sie keine Kopete an, doch zwei schöne Kattantleider verschmähte sie nicht.

Fürst Elias Petrowitsch kam zweimal wöchentlich nach Beresopole, unter dem Vorwande, er wolle Trubitzko besuchen; natürlich galten seine Besuche mehr Eugenie als Matar Matarowitsch. Er bewohnte, wenn er in Beresopole weilte, stets die Zimmer seiner Cousine. Eugenie mußte die Wohnung instand halten und ihm den Tee und das Diner servieren, und dieser Arbeit unterzog sie sich mit der größten Bereitschaft. Immer wieder erzählte ihr der Fürst, daß er sie frei kaufen und als Wirtin nach Pratschschnowe nehmen wolle. Doch Eugenie schüttelte bei diesen Vorschlägen immer verneinend den Kopf. Manchmal rief sie ihm sogar höhnisch zu, er solle sie doch mit Gewalt nach seinem Gute Pratschschnowe schleppen lassen; sie würde dort schon Gelegenheit finden, sich zu ertränken oder zu erhängen. Und je tröglicher das junge Mädchen wurde, desto freundlicher benahm sich der Fürst gegen dasselbe, aber zugleich bemächtigte sich seiner eine große Traurigkeit.

Matar Matarowitsch, der dieses alles gesehen und beobachtet hatte, schüttelte bedenklich den Kopf und bedauerte den Fürsten von ganzem Herzen.

„Was für eine sonderbare Luft doch in Beresopole weht!“ rief er. „Nichts als ungeziemende Liebhaftigkeit!“

Aber er mußte sich gestehen, daß man sich nach der Verheiratung der Fürstin Beresopolska mit ihrem Leibeigenen eigentlich über nichts mehr wundern durfte, und als er sich überzeugt hatte, daß Elias Petrowitsch eine ernste Liebe für das schöne Bauerntöchterchen empfand, ergriff er offen die Partei seines Freundes. Einmal fragte er Eugenie, ob sie noch immer in Liebe an Jegor denke, aber sie verstand es meisterhaft, sich zu verstellen, und erwiderte schnippisch, jene Liebe wäre nur eine Kinderei gewesen.

Naum, wo die Baumwolle gereinigt wurde, ist von schlechter Luft und giftigem Staub erfüllt. Nach einer halben Stunde Arbeit wurden die Augen rot und brannten. Keiner hielt es länger als 3-4 Monate. Der Erkrankte bekam gewöhnlich heftige Tuberkulose und ging schnell dem Tode entgegen.

Die Leser werden gewiß mit Bewunderung fragen: wie kommt es, daß am hellen Tage so schreckliche Grausamkeiten und Verbrechen geschehen und daß die zivilisierte Welt nichts davon weiß? Versuchen denn die Gefangenen nicht, der Öffentlichkeit bekanntzugeben, was in den Gefängnissen geschieht?

Wir haben schon Anfragen eingereicht, und mancher von uns hat es mit dem Leben begahen müssen. Es gelang uns einmal, den Mitgliedern der Duma und den Zeitungen einige Einzelheiten mitzuteilen. Die Diskussionen wurden bestrahlt und in der Duma wurde jede Diskussion abgelehnt. Bald danach erschien eine Widerlegung, die von den Gefangenen unterschrieben war. Diese Widerlegung kam auf folgende Weise zustande: In der Zeitung, welche über die Dreyer Zustände schrieb, waren auch einige Namen der Folteropfer genannt worden. Als die Gefängnisadministration dies erfuhr, verbot sie die Beteiligten. Bei dem Verhör waren anwesend: der Gefängnisinspektor, der Vorsteher und der Assistent. Die Unterredung hatte ungefähr folgenden Verlauf:

„Habt ihr in die Zeitungen von den Folterungen geschrieben?“

„Ja wohl!“

„Weiß diese Beschreibung der Wirklichkeit vollständig widersprechen, haben wir eine Widerlegung verfaßt. Unterschreibt sie!“

„Nein, wir unterschreiben sie nicht. Wir finden, daß die angeführten Tatsachen gerade die Wirklichkeit darstellen.“

„Überlegt es euch gut; morgen fragen wir wieder.“

Nach der Abfahrt des Inspektors fingen die Gefangenen an zu überlegen, und die Gefängnisadministration half ihnen dabei: sie wurden in den Karzer geworfen.

Nach der einleitenden Verhörer fragte der Assistent:

„Na, vielleicht habt ihr euch schon entschlossen, zu unterschreiben?“

„Nein, wir unterschreiben nicht!“

„Gut, wir wollen sehen.“

Neue Folterungen.

„Habt ihr es euch schon überlegt?“

„Wir unterschreiben nicht!“

Wieder Schläge. Die Unglücklichen werden ohnmächtig, doch kaltes Wasser und Salmiak bringen sie wieder zum Bewußtsein.

„Hört, ihr Hunde! Mit euch werde ich nicht spaßen. Lebendig oder tot müßt ihr unterschreiben! Hört ihr!“

Der Assistent hatte recht. Das Dementi wurde unterschrieben.

Ich will nicht die Genossen aufzählen, die sich erhängten, vergifteten und die Ader zerschneiden. Im Vergleich mit der Sterblichkeit war die Zahl der Selbstmorde ziemlich klein. Die Tuberkulose forderte die meisten Opfer. Jeden Tag starben Leute, sie verließen still, gingen unbeachtet hin, ihren Nachfolgern Platz machend.

Ich lebte anderthalb Jahre in diesen Gespensterkammern und nahm schon Abschied von dem Gedanken, die Mauern einmal wieder zu verlassen. Vollständig unerwartet dümmerte die Hoffnung auf Befreiung. Als meine Familie von dem System erfahren hatte, das in Drel herrschte, betrieb sie meine Befreiung in ein anderes sibirisches Gefängnis.

Eben bin ich auf dem Wege dorthin. Ich beuge mich wieder freien Menschen, sehe Frauen und Kinder. Auf alles schaue ich gleichgültig. Die Lebensfreude ist in mir für immer gestorben. — Schwindsüchtig — nennt man mich. Ob ich noch lange leben werde? Erlebe ich noch den Tag der Freiheit? Ach! ein einziges Jahr wenigstens frei leben — ein einziges Jahr! Dann würde ich ruhig, sogar glücklich sterben!

Peter Sergijew.

### Afrikanische Methoden.

Aus Deutsch-Ostafrika sind schon wieder liebliche Kulturbüthen zu vermerken. Wie wir dem „Berl. Tageblatt“ entnehmen, hat der Provost P. Severin S o i g a u e r in Daresalam im Namen der katholischen Mission der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ folgende Zuschrift geschickt:

„Nach Einsichtnahme in die attemmäßige Darstellung der Vorgänge im Mahengebezirk zwischen Mission und Militärstation erkläre ich die Behauptung der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“, daß noch knapp vor Jahresfrist heiratsfähige Mädchen verprügelt und eingesperrt wurden, weil sie die ihnen zugeordneten christlichen Jünglinge nicht heiraten wollten, als den Tatsachen nicht entsprechend. Es haben wohl Differenzen zwischen Mission und Militärstation stattgefunden wegen Schulentlassung und auch Heiratserlaubnis, welche die Militärstation christlichen Mädchen ohne Einverständnis mit der Mission gegeben hatte. Auch wurden größere Mädchen im Internat wegen anderer Fehler mit Arrest bestraft und auch körperlich gequält, aber nie, um eine bestimmte Heirat zu erzielen, was ja vollkommen zwecklos wäre, da nach dem Kirchenrecht angewandte vis et melus eine gültige Ehe nicht zustande kommen läßt.“

Darauf erwidert der anscheinend recht gut unterrichtete Gewährsmann der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“, daß die Erzwingung einer „heiligen“ Heirat, an die sich die rechtfertigende Mission klammerte, gar nicht behauptet worden sei, wohl aber die Erzwingung einer christlichen Heirat, und fährt dann fort:

„Die tatsächlichen Vorgänge im Mahengebezirk wären aber folgende: Vor etwa Jahresfrist erschienen zu wiederholten Malen im öffentlichen Schaui (Besicht) heiratsfähige Mädchen, zum Teil unter dem Beistand ihrer Väter, und beklagten sich darüber, daß man auf der Missionsstation K i r o w i r o versuche, sie gegen ihren Willen zurückzuhalten, und auch gewalttätig zu verhindern, daß sie die Männer heirateten, die sie heiraten wollten. Die Verwaltung verfügte infolgedessen nach Untersuchung der Fälle die Freilassung der Mädchen und gab auch da, wo nachgehakt, die Heiratserlaubnis. In einem Falle glaubte sie jedoch so wenig Beachtung ihrer Anordnungen seitens der Mission zu finden, daß sie sich veranlaßt sah, ein Kommando auf die Missionsstation zu schicken; um ihren Anordnungen die notwendige Achtung zu verschaffen. In dem Schriftwechsel, der zwischen Mission und Verwaltung während dieser Zeit stattfand, nahm gegen die doch wohl zutreffende Rechtsauffassung der Verwaltung die Mission für sich die Geltung des kanonischen Rechts in Anspruch und behauptete weiter, die Mädchen hätten sich durch Annahme der Taufe auch verpflichtet, nur christliche Jünglinge zu heiraten. Wenn sie nun Ungläubige heiraten wollten, läge ihrerseits quasi ein Vertrauensbruch vor. In dem Schriftwechsel erhob übrigens der Leiter der Missionsstation K i r o w i r o schwere und unbegründete Vorwürfe gegen die Verwaltung, daß er zweifellos, wenn sie Gegenstand einer Verhandlung von den ordentlichen Gerichten auf Grund des zuständigen Reichsstrafrechts, nicht des „kanonischen Rechts“, geworden wären, schwerer Beleidigungen schuldig befunden worden wäre. Das kaiserliche Gouvernement begnügte sich aber in diesem Falle mit einer schriftlichen Entschuldigung.“

Zum Schluß wird von der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ noch darauf hingewiesen, daß die „körperliche Züchtigung größerer Mädchen“ auf der Missionsstation in der Verhängung einer richtigen Prügelstrafe bestand.

Die katholische Mission scheint also städtisch bemüht zu sein, dem Eingeborenen den „richtigen“ Begriff von der deutschen „Zivilisation“ beizubringen. Prügel, um die Mädchen dazu zu zwingen, daß sie „christliche“ Jünglinge heiraten! Weiter geht's mit der „christlichen Kultur“ nicht mehr.

### Soziales.

Die Gesellschaft für soziale Reform und die Angestelltenfragen. Die außerordentliche Generalversammlung zur Beratung von Angestelltenfragen, die die Gesellschaft für soziale Reform am 9. Mai in Berlin, Bismarckstraße, Neue Grünstraße Nr. 28, veranstaltete, enthält folgende Besatzungsgegenstände: 1. Das Koalitionsrecht (Redner: Prof. Dr. Kehler, Jena). 2. Der Erfinderschutz (Redner: Reichstagsabg. Rechtsanwalt Dr. Bell). 3. Dringende Wünsche einzelner Berufsgruppen an die Sozialgesetzgebung (Bureaubeamte, Krankenpfleger, Gasthausangestellte, Staatsarbeiter, technische und künstlerische Berufe). Die Beratungen sind öffentlich. Die öffentliche Kundgebung für Fortführung der Sozialreform am 10. Mai, mittags 12 Uhr (Saalöffnung 11 Uhr), findet in der „Neuen Welt“, Hagenheide 100-104, statt. Professor Dr. Ernst Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“ hält das Referat; dann folgen Erklärungen von Vertretern der Arbeiter, Privatangestellten und Beamten, sowie Ansprachen von Parlamentariern und sonstigen in der Sozialpolitik hervorragenden Persönlichkeiten. Das Schlusswort spricht der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform.

Die Reichspost und die bayerische Regierung als Versicherungsagentur. Die deutsche Volksversicherungsgesellschaft macht mit lautem Trara durch die Presse folgenden Erfolg bekannt:

Zwischen dem Staatssekretär des Reichspostamts und der Deutschen Volksversicherung ist ein Vertrag geschlossen worden, durch den zwischen der Reichspost und Telegraphen-Verwaltung und der genannten Gesellschaft eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen wird, die geeignet ist, den Beamten und Unterbeamten die Segnungen der Volksversicherung besonders nahe zu bringen. Danach ist die Behörde bereit, den schriftlichen Verkehr der versicherten Beamten und Unterbeamten mit der Gesellschaft zu vermitteln. Sie zieht die Versicherungsbeiträge monatlich von den Gehältern ab und übermittelt sie an die Deutsche Volksversicherung. Auch die Auszahlung der Versicherungssumme an den Versicherten oder seine Erben erfolgt kostenfrei durch die Postverwaltung. Da die Gesellschaft infolge dieses Entgegenkommens nicht unwesentliche Verwaltungskosten erspart, hat sie sich damit einverstanden erklären können, daß die Beiträge nach den Tarifen mit vierteljährlicher, statt mit monatlicher Beitragszahlung berechnet werden, wodurch der Versicherte günstiger gestellt wird.

Die Freude über diese Hilfe durch eine Reichsbehörde wird aber keine ungetriebte sein, wenn die protegierte D. V. V. G. erzählt, daß dieselbe Reichspostverwaltung schon lange vorher den gleichen Vertrag mit dem Vorstand der Öffentlich-Rechtlichen abgeschlossen hat. Schon am 22. November 1913 haben der „Vorsitzende des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland Kapp“ und am 4. Dezember 1913 „der Staatssekretär des Reichspostamts J. A. S c h e n b o r n“ einen Vertrag unterzeichnet, der am 1. Januar 1914 auf unbestimmte Zeit in Kraft getreten ist. Nach § 2 dieses Vertrages „vermittelt die Oberpostdirektion in Berlin den geschäftlichen Verkehr der versicherten Beamten und Unterbeamten mit dem Verbande und zahlt die durch Abzüge von Dienstentlohnungen der Versicherten eingezogenen Beiträge kostenfrei an den Verband“. Wenn ein Versicherter aus dem Dienst ausscheidet und die Verwaltung die Beiträge nicht mehr abzieht, verliert er die Versicherung aus diesem Tarife. Der Zweck dieser Verträge ist natürlich der, daß die Postangestellten diesen Gesellschaften zugeführt werden, um sie von der wirklich gemeinnützigen Volksfürsorge fern zu halten. Da die Postangestellten weder ein Interesse daran haben, zur agrarischen Kreditverbilligung beizutragen, noch den privaten Gesellschaften einen Gefallen zu tun, werden die Vernünftigen davon der Volksfürsorge ihr Vertrauen schenken, bei der in der Tat die Interessen der Versicherten allein entscheiden sind. Die bayerische Regierung scheint beide Gesellschaften abgeschüttelt zu haben.

„Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitzuteilen wissen, will die bayerische Regierung nunmehr mit vier größeren Lebensversicherungsanstalten Verträge abschließen, um den Beamten den Abschluß von Versicherungen zu erleichtern. Genannt werden die Bayerische Lebensversicherungsanstalt, Kosmos, die Stuttgarter und die Gothaer Lebensversicherungsanstalt. Den Beamten soll ein Prämiennachschuß von 10 % gewährt werden, wogegen die Staatsregierung die Einziehung der Prämien und die Auszahlung der Versicherungen kostenlos durch ihre Organe besorgt.“

Für die Freunde der Volksfürsorge müssen diese kampfhaften Bemühungen der privaten und öffentlichen Konkurrenz ein Ansporn sein, das Interesse an der Volksfürsorge zu wecken, um deren Vorteile allen Schichten des Volkes zuzuführen.

Die Geschäftsformung bei der Landfrankenkasse. Die Reichsversicherungsgesellschaft hat die Versicherten bekanntlich mit den Landfrankenstellen beglückt, von deren Verwaltung die Versicherten so gut wie ausgeschlossen sind. Wie es mit der Geschäftsformung bei diesen Frankenkassen bestellt ist, zeigt ein Beschwerdefall gegen die Landfrankenkasse für den Kreis Badingen (Oberbesen). Gegen diese Kasse wurde am 27. Januar d. J. eine Beschwerde wegen verweigerter Unterstützung beim Versicherungsamt Badingen erhoben. Wochen und Wochen vergangen, aber der Erkrankte hörte von dem Schicksal seiner Beschwerde nichts. Eine Erinnerung vom 13. März trug auch keine Nachricht ein; endlich kam auf eine zweite Mahnung vom 1. April unterm 3. April wenigstens eine Antwort der Aufsichtsbehörde, des Versicherungsamts. Sie mußte dem Erkrankten aber gar nichts, denn sie enthielt nur eine Verneinung. Wörtlich schrieb das Versicherungsamt: „Ihre Beschwerde haben wir sofort nach

Eingang dem Vorstand der Landfrankenkasse zur Auserkung überhandt. Infolge der gegenwärtig außerordentlich großen Geschäftslast ist von dort eine Antwort noch nicht eingelaufen. Wir haben dem Vorstand eine Erinnerung zugehen lassen. Mit einer solchen Verneinung ist den Erkrankten nicht gedient. Sie können beanspruchen, daß über die Verneinung ihrer Ansprüche auf Unterstützung durch die Frankenkassen rasch entschieden wird. Wir möchten nicht das Geschick hören, das erhoben würde, wenn eine sog. sozialdemokratische Ortsfrankenkasse ihre Arbeiten ebenso langsam erledigen würde.“

Nationale Beduögel. Die Nationalen in der Untshauptmannschaft L ö b a u i. Sa. sind entschieden ausgeluchte Beduögel. Vor einiger Zeit reichten sie die Wahlvorschlüge für die Vorstandsmitglieder zur Frankenkasse in Löbau zu spät ein, so daß die Liste nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Jetzt haben sie wieder eine Liste aufgestellt und zwar für die Beisitzer zum Versicherungsamt, und diese Liste wies nicht die genügende Zahl gültiger Unterschriften auf. Das Oberversicherungsamt in Bautzen entschied, daß dieser Wahlvorschlüge nicht zu beachten sei, somit erlibrigt sich eine Wahl, dann gelten die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagenen Kandidaten für gewählt.

„Weiße Salbe“. In welcher skrupelloser Weise im Bergbau Leben und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel gesetzt und die residierenden Aufsichtsbearbeiter hinters Licht geführt werden, wurde vor dem Schöffengericht in Zwickau nachgewiesen. Unser Zwickauer Parteiblatt und die „Bergarbeiter-Zeitung“ brachten vor einiger Zeit gleichlautende Artikel über Geheimnisse des „Auroraschachtes“ in Zwickau, in denen 16 einzelne Tatsachen für die Mißstände in dieser Grube behauptet wurden. Die gravierendsten seien hier angeführt: Die Förderstrecken sind verlottert und die Arbeiter müssen teilweise bis an die Knöchel im Wasser und Schlamm waten. Die Trinkwasserzylinder stehen in Schlamm und sind in einem Zustand, daß selbst der Aufsichtsbearbeiter geäußert hat, daraus könne man nicht trinken; das Wasser wird der Vorschrift zumider tagelang nicht erneuert. Die Abzirkel werden mitunter wochenlang nicht geleert, so daß sie überlaufen und die Strecke durchstinken. Die geleerten Abzirkel kommen tagelang nicht wieder an ihren Platz. Das „Zentimeter“ der Stunde (Abzüge für nicht bis zum Hande gefüllte Kohlenbunde) ist sehr im Schwange. Für Mindermaß und unreine Kohle werden Strafen von 50 Pfg. bis 3 Mark ausgemessen. Die Straßen werden jedem Arbeiter aufgelegt, der an dem Hunde beteiligt ist, ohne Rücksicht auf eine Schuld, so daß für einen Hund Kohle 6 Mark und sogar 9 Mark Strafe fällig werden können. An den Hapelbergen und Fallhöfen fehlt es an ausreichendem Schutz für die Arbeiter. Die Wetterführung zwingt die Belegschaft teilweise mit elektrischen Glühlampen zu arbeiten, weil die Luft zu schlecht ist. Eine Strecke war so verlottert und betriebsgefährlich, daß die Bergpolizei hätte einschreiten müssen. Es wurde aber trotzdem dort weitergearbeitet. Als die Inspektion erschien, wurde die Strecke zugeschlagen und die Arbeiter wurden angewiesen, den Inspektionsbeamten vorzuliegen, daß durch diese Strecke nicht durchgefördert werde. Auch die Beamten beteiligten sich daran, aus der behördlichen Grubeninspektion „Weiße Salbe“ zu machen und „alles in Ordnung“ erscheinen zu lassen. Als der Inspektor durch war, wurde die Strecke wieder aufgerissen und wieder in Betrieb genommen. Die Betriebsverwaltung, die bei jeder Gelegenheit zum Kabi läuft, verklagte auch diesmal die verantwortlichen Redakteure der beiden Blätter. Vor Gericht war nur der Genosse Barth vom „Sächsischen Volksblatt“ erschienen. Die Verhandlung wurde wegen der Abwesenheit des Genossen W a g n e r von der „Bergarbeiter-Zeitung“ vertagt. Dennoch wurde in eine vorläufige Vernehmung der Zeugen eingetreten, die sich sofort rückhaltlos auf den Boden der beiden Artikel stellten; auch ein Steiger mußte sich bequemen, die von ihm anfänglich bestrittenen Neuierungen der Arbeiterzeugen als richtig anzuerkennen. Daraufhin erklärte sich die Betriebsleitung bereit, die Klage zurückzunehmen, wenn Barth ein Viertel der Gerichtskosten trage. Diese Bedingung wurde angenommen, weil im „Volksblatt“ die unrechte Person für die Mißstände verantwortlich gemacht worden war. Genosse Wagner ging natürlich auf die gleiche, ihm gestellte Bedingung nicht ein. Er wollte als praktischer Bergmann diesen ganzen Grubenbetrieb einmal bei Licht betrachten lassen. Da wählte die Betriebsverwaltung den besten Teil der Tapferkeit — sie zog die Klage zurück!

### Gute Verbindungen Goebell als Aufsichtsrat.

Die Hauptsache bleibt, wenn man heute etwas werden will, die gute Verbindung. Freunde und Empfehlungen muß man haben, das ist das wichtigste. Nicht zuletzt haben die großen Aktiengesellschaften, und unter ihnen wieder ganz im besonderen die Banken, das eingesehen. Planmäßig versorgen sich diese Institute mit guten Verbindungen, die nach oben führen. Ein neues Beispiel ist dafür, daß jetzt die Dresdener Bank den Wirklichen Geheimen Rat von Körner mit einem Aufsichtsratsmandat beglückt hat. Herr von Körner war bis vor ganz kurzer Zeit Direktor der handelspolitischen Abteilung des auswärtigen Amtes. Zu seinem Ressort gehörte vor allem die Regelung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu den anderen Ländern. Die Dresdener Bank hat viele Verbindungen nach dem Ausland. Die Gründe für die Ernennung des Herrn von Körner zum Aufsichtsrat liegen also ziemlich klar auf der Hand. Es lohnt sich, den Aufsichtsrat der Dresdener Bank auf gute Verbindungen mit Behörden und anderen sachkundigen und wichtigen Stellen genauer anzusehen. Man begegnet da dem ehemaligen Oberbürgermeister von Frankfurt, Dr. Widies, dem früheren Eisenbahndirektionspräsidenten von Kradol, dem Hofkammerpräsidenten des Fürsten von Schaumburg-Lippe, von Frese. Ueberdies ist jetzt auch der Geh. Oberfinanzrat Müller, der früher im Direktorium der Reichsbank saß, und bisher dem Vorstand der Dresdener Bank angehörte, in den Aufsichtsrat gewählt worden.

Selbstverständlich ist, daß es sich bei den in die Aufsichtsräte der Banken und großen Industrieaktiengesellschaften hineingewählten Staatsbeamten sehr oft um Leute handelt, die als dienstfähig vom Staate pensioniert wurden. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, daß dann die Aufsichtsräte, die reichlich mit solchen Herren versehen sind, eine Art Krüppelanstalt wären. Im Gegenteil, gekletterte Intelligenzität beim Geldmachen und geschicktere Verdienste lohnen immer solche Wahlen.

Daß die Regierung sich Geschäftslustige und mit guten Verbindungen von der anderen Seite wohl ausgestattete Leute in ihre Ministerien holt, ist im Gegensatz zur umgekehrten Praxis sehr selten. Der neue Herr des preussischen Ministeriums des Innern, von Goebell, ist aber eine solche Ausnahme. Als Regierungsmensch ist er bekanntlich mit Bülow, seinem Herrn und Gebieter, gestorben. Er kam durch seinen Freund Helfferich, dem früheren Legationsrat und späteren Direktor der Deutschen Bank, als Aufsichtsrat in dieses größte deutsche Finanzinstitut. Da hat er sicher mancherlei gelernt, im besonderen auch in die Terrorisismaschine der modernen Großbanken sehr genauen Einblick gewonnen. Herr von Goebell wurde durch die Deutsche Bank auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bergmann-Elektrizitätswerte A. G. Dieses

## Aus Nah und Fern.

4 Personen ertranken am letzten Sonntag insgesamt infolge eines heftig auftretenden Südwestwindes auf dem Müggelsee bei Berlin.

Dem Staatsanwalt gestellt hat sich der Gemeindevorsteher Kötter aus Dremitz, Kreis Teltow, der nach Unterschlagung von über 20 000 Mk. seit Wochen flüchtig war.

**Arbeitswillige Maurer gesucht.** Um einem längst gefühlten dringenden Bedürfnis abzuhelfen, soll wieder einmal ein Denkmal errichtet werden. Nach einigen Besinnen hat sich sogar ein Ereignis gefunden, dessen historische Bedeutung man der Nachwelt in Erinnerung rufen möchte. Am 25. April 1910 ist bei Weilburg der „Pyramide II“ zugrunde gegangen, vier Jahre später, am 25. April 1914, wurde an der Unglücksstelle der Grundstein zu einer Pyramide-Byramide gelegt. Feiertag wurden eine Urkunde über den Vorgang, einige Münzen, ein paar übriggebliebene Reste des verunglückten Luftschiffes und — ein Exemplar des Weltblattes „Weilburger Tageblatt“ in den Grundstein eingemauert. Zur Errichtung der Pyramide werden nun Arbeitswillige gesucht. Jeder kann aus seiner Heimat einen Baustein mitbringen und selbst ein mauerern. Raif braucht niemand mitzubringen, da am Orte vorhanden. Vorsicht bei der manchen ungewohnten Tätigkeit ist geboten; die Berufsgenossenschaft für das Baugewerbe kommt bei diesem Bau für Unfallschäden nicht auf. Wer die Prozedur glücklich überstanden hat, kann sich oben drein in das Namensregister der Pyramidenbauer eintragen. Also, Deutsche, auf nach Weilburg!

**Stumpfsinn, du mein Vergnügen.** Wohl mancher hat sich schon seine Gedanken gemacht, wozu hehren Zwecken eigentlich die Leiber auch in der Arbeiterschaft hier und da anzutreffenden „Rauchklub“ dienen mögen. Ihre Daseinsberechtigung blieb uns dunkel, bis uns das Lieberbuch „Pfeifen glüh“ des dem katholischen Gesellenverein in Duisburg als Unterabteilung angegliederten Rauchklub „Feierabend“ zu Gesicht kam. Das mit dem wunderhübschen Motto: „Gegen Bier und Tabaksdunst — ist alle Weiberlist umsonst!“ versehenes Büchlein brachte uns die Erläuterung. Auf 31 Seiten nichts anderes als kongenierter Stumpfsinn. Seine Sätze schildert das christlich-katholische Tabakkollegium also:

„Daß der Kadäu nicht fehlen darf — Ist auch 'ne alte Jact. — Die Wiße sprühen fein und scharf. — Man laßt sich oft halb wraak. — Der Tabaksqualm steigt in die Luft. — Füllt alles ringsumher, — Bis plötzlich eine Stimme schallt: — „Man sieht ja bald nichts mehr!“ usw.

In anderen Versen wird besungen, wie der Pfeifenbruder in die ewige Seligkeit einwandert und dort alles ganz wie in seinem Pfeifenklub findet. Galt christlich heißt es da:

„Zu legt eure Pfeifen glühen, — Gebt mir 'nen Qualm, wie heiß so Brauch. — Ich muß jetzt nach dem Jenseits ziehen, — Doch leichter geht's im Tabaksrauch.“

Wenn ich dann an den Himmel klopfe, — Und Petrus läßt mich nicht herein, — So laß ich ihn 'ne Pfeife stopfen, — Dann sagt er sicher nicht mehr nein.

Er merkt auf alle Fälle — Daß ich ein Rauchkollege bin, — Das Tor macht auf er auf der Stelle, — Und ich marschiere zum Himmel ein.

In Himmel Pfeif und Tabak winken, — Man raucht darin den ganzen Tag. — Auch Bier kann man darinnen trinken, — So viel der Magen fassen mag.

Man singt die schönsten Rauchklublieder, — Man kennt keinen Unterschied, — Doch schau ich auf die Erde nieder, — Dem Rauchklub gilt mein erster Blick.

Die Engel heißen mich willkommen, — Als Rauchkolleg im Himmelslicht, — Doch wollt ihr in den Himmel kommen, — Vergesst die lange Pfeife nicht.

Danach scheinen die christkatholischen Pfeifenbrüder die einzigen Menschen zu sein, die, ohne den Läuterungsprozess im höllischen Fegefeuer durchzumachen, gleich in den siebenten Himmel kommen, der ausgerechnet als — Rauchsalon eingerichtet ist. Den frommen Spektakel möchten wir sehen, wenn Unausübige sich dermaßen lustig machten über „die heiligsten Gefühle jedes wahren Christen“.

**Liebesdrama.** Sonntag früh, kurz nach 5 Uhr, warfen sich der 20jährige Arbeiter Alfred Schwarz aus Berlin, Caprivistraße 14, und seine Braut, die 16 Jahre alte Arbeiterin Elie Cherr aus der Memelerstraße 3 hinter dem Bahnhof Nichtenberg-Friedrichsfelde vor einen Eisenbahnzug. Das Mädchen wurde auf der Stelle getötet. Der junge Mann wurde mit schweren Verletzungen nach dem Kaiserin-Auguste-Victoria-Krankenhaus geschafft, wo ihm das linke Bein abgenommen werden mußte. Dem Mädchen war der rechte Arm und das linke Bein glatt abgefahren. Schwarz gab bei seiner Vernehmung an, sie hätten gemeinschaftlich in den Tod gehen wollen, weil sich ihrer ehelichen Verbindung unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellten. An seine Angehörigen hatte das junge Paar Abschiedsbriefe gerichtet.

**Raubüberfall.** In der Sitzkajüte in Warschau wurde ein Raubüberfall auf einen Viehhändler und seinen Gehilfen verübt. Letzterer wurde getötet. Der Viehhändler, ein Hausknecht und eine Wajantin wurden verwundet. Die Räuber entflohen, ohne ihre Opfer zu betrauen.

**Bei der Verfolgung einer Räuberbande getötet.** Im Bezirk Jekissawepol (Rußland) wurden während der Verfolgung einer Räuberbande und eines flüchtigen Zuchthäuslers ein Polizeioffizier und ein Polizeibeamter getötet. Ein Polizeibeamter und zwei Dorfbewohner wurden verwundet.

**Anfall am Panamakanal.** Am Panamakanal hat ein Erdbeben bei Cucharacha die Arbeiten der letzten Monate vernichtet.

**Nach ein Polizeiprozess in Sicht.** In der Nachbarstadt Köln, Mülheim a. Rh. scheint demnächst gleichfalls ein Polizeiprozess zu bevorstehen. Es schwebt schon seit einiger Zeit eine Untersuchung gegen Beamte der Mülheimer Kriminalpolizei, die sich in ähnlicher Weise wie ihre Kölner Kollegen vergangen haben.

**Fabern-Vergleiche.** In weiteren sechs Prozessen gegen den Militärstatus (Bandurenfesslerprozeß) wurden am Sonntagabend Vergleiche abgeschlossen.

**Explosion auf einem russischen Dampfer.** Auf dem russischen Dampfer „Kometer“, der nach Rouen bestimmt war, ereignete sich zwanzig Seemeilen südwestlich von Algier eine schwere Explosion. Ein Teil der Besatzung wurde getötet. 15 Mann wurden verwundet.

**Im Jage ermorde.** Wie aus London telegraphiert wird, bemerkte etwa zwei Kilometer vor der Three-Bridges-Station der Schaffner eines aus dem Seebad Brighton eintref-

enden Zuges ein Fieher der Postleiche. Als er den Zug halten ließ, stürzte ein Mann mit einem blutigen feuchten Messer aus einem Abteil 3. Klasse. Bahnbeamte verfolgten ihn und nahmen ihn fest. In dem Abteil fand man die Leiche eines gutgekleideten jungen hübschen Mädchens mit zahlreichen Stich- und Schnittwunden. Der Mann ist ein früherer Kanonier der Flotte. Der Name des Ermordeten und die Motive der Tat sind noch unbekannt.

**Minister, die den Staat betrügen.** Aus London wird geschrieben: Der englische Staat hat dafür gesorgt, daß es Personen, die einmal einen der sehr gut bezahlten Ministerposten bekleideten, auch im späteren Leben nicht schlecht gehen soll. Hat ein Minister seinen Posten verloren, so kann er eine Pension beanspruchen, wenn er eine Erklärung abgibt, daß sein Privatvermögen nicht ausreicht, um in standesgemäß leben zu können. Zurzeit befinden sich alle Pensionen, die nur in beschränkter Zahl gewährt werden, in den Händen von Konserativen, die es während ihrer letzten langen Regierungsperiode verstanden, alle freien Pensionen ihren Leuten zuzuschreiben. Drei Tage vor dem Rücktritt des Kabinetts Balfour gewährte Herr Balfour noch seinem Bruder Gerald eine Ministerpension. Vor kurzem ist einer der pensionierten Minister, Lord Croft, im Alter von 90 Jahren gestorben. Der Mann hinterließ ein Vermögen von 80 000 Pfd. Sterl. (1 600 000 Mark). Zwanzig Jahre lang hat er als früherer Minister, der von seinem Vermögen nicht standesgemäß leben konnte, eine Staatspension in der Höhe von 2000 Pfd. Sterl. (40 000 Mk.) jährlich bezogen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß der Mann dieses große Vermögen erst im hohen Greisenalter erworben hat. Aber wenn schon, so hätte er als ehrlicher Mensch auf die Weiterzahlung der Pension verzichten müssen, die ihm der Staat nur unter gewissen Voraussetzungen gewährte. Würde Lord Croft ein gewöhnlicher Altersrentenbezieher gewesen, so wäre es ihm schlecht ergangen; denn man hätte ihn schnell beim Witzel gehabt. Der englische Staat gewährt Greisen und Greifinnen vom 70. Lebensjahre ab eine Pension im Höchstmaß von 5 Schilling die Woche, wenn sie kein oder nur ein winziges Einkommen haben. Wenn einer dieser Staatspensionäre falsche Angaben über sein Vermögen oder sein Einkommen macht, so kann er oder sie bis zu sechs Monaten Zwangsarbeit verurteilt werden. Wenn einer sich sein Leben lang für die Gesellschaft abgerackert hat und dann der Verlesung unterliegt, den Staat um eine kleine Summe zu betrügen, so kommt er ins Zuchthaus. Greift einer aber lässig zu und nimmt er gleich das Zwei- bis Dreifache, dann ist ihm eine Mißhe in Tempel der patriotischen Helden sicher und die wohlwollende Presse vergißt bei seinem Tode Ströme von Tinte und feiert seine Tugenden und Verdienste in spaltenlangen Artikeln.

**5 Personen durch Gas getötet.** In dem flämischen Dorfe Aundenarde ist die aus fünf Personen bestehende Familie des Arbeiters Andoorn durch Gasvergiftung ums Leben gekommen.

**Ein graufiger Fund.** Aus Angoulême wird gemeldet, daß in der Hütte einer Nachbargemeinde der Leichnam eines etwa 70 Jahre alten Mannes gefunden wurde, der fast vollständig von Hund und Ratten verzehrt war. Die Postzeit hat eine Untersuchung nach der Todesursache des Greises eingeleitet, da man glaubt, es mit einem Verbrechen zu tun zu haben.

## Aus der Jugendbewegung.

**Bürgerschaft für Schillers „Bürgerschaft“.** In Siegmars bei Chemnitz plante der Jugendausflug einen Unterhaltungsabend. Acht Tage vor dem in Aussicht genommenen Termin wurde die Veranstaltung auf dem Gemeindevorstand angemeldet. Auf die Frage, was denn vorgetragen werden sollte, führte der Anmeldeende einige Volkslieder und Gedichte an, darunter Schillers „Bürgerschaft“. Bei der Nennung dieses Titels runzelte der Gesteirne plötzlich die Stirn und verlangte den Text dieses verdächtigen Opus zu sehen, woraus gefolgert werden muß, daß ihm entweder Schiller oder die „Bürgerschaft“, viel leicht aber auch beides unbekannte Begriffe sind. Um ihn nun von der völligen Ungefährlichkeit des Gedichtes zu überzeugen, besorgte der Anmeldeende dem gestrenge Herrn ein amtliches Volkschullesebuch, in dem die „Bürgerschaft“ abgedruckt steht. Dieser aber weit entfernt, sich damit zu beruhigen. Er erklärte, das Buch, wohl gemerkt, das an der Schule benutzte Lesebuch, müsse der Amtshauptmannschaft zur Prüfung eingeschickt werden! So geschah es und das Buch blieb dort. Wenige Stunden, bevor der Unterhaltungsabend beginnen sollte, lief nun plötzlich ein Bescheid der Amtshauptmannschaft ein, wonach der Vortrag nicht stattfinden dürfe. Grund: Die Anmeldung hätte mindestens 14 Tage vorher bei der Amtshauptmannschaft erfolgen müssen. — Wir finden das sehr berechtigt: 14 Tage Zeit gebraucht eine königlich sächsische Behörde schon, um sich mit dem Inhalt eines so schwierigen und völlig unbekanntes Gedichtes vertraut zu machen. Wer bürgt ihr schließlich für die Harmlosigkeit dieser „Bürgerschaft“, in deren erster Zeile gleich etwas von einem Tyrannen steht?

**Das Militär im Dienste des Jungdeutschlandbundes.** In welchem Maße Militärverwaltung und Schulbehörden dem Jungdeutschlandbunde bei der Veranstaltung von sogenannten Kriegsspielen Hilfe leisten, geht aus einem Programm für ein „Kriegsspiel“ in Bielefeld hervor. Nicht nur die Schüler der Gymnasien werden herangezogen, sondern auch die der Volksschulen. Aktive Offiziere des 55. Regiments und Reserveoffiziere haben die Führung übernommen, und den Signaldienst versehen Soldaten. Zudem hat die Militärkapelle Befehl bekommen, die Teilnehmer abends bei der Heimkehr vom „Schlachtfelde“ zu begleiten.

**Im Kampf gegen die Arbeiter-Turnvereine.** Im liberalen Goethe-Ländchen Sachsen-Weimar wurde den Arbeiter-Turnvereinen angekündigt, daß sie nach einer Entscheidung des Thüringischen Oberlandesgerichts als politische Vereine betrachtet würden und daß daher junge Leute unter 18 Jahren an den Turnstunden nicht mehr teilnehmen dürften. — Das nennt man „Ertüchtigung“ der Jugend!

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Eine Anfrage an die Oberschulbehörde. Erhalten die Bezirksschullehrer ein so geringes Gehalt oder verfügen sie über so viele freie Zeit, daß sie Abschlüsse von Lebensversicherungen machen, Abonnenten für die „Illustrierte in Lüneburg“ sammeln und als sogen. Witzwirt für 45 Mietwohnungen eines Bauunternehmers in Rüdlich die Wästen einlassen und die sonstigen Geschäfte erledigen müssen? Ein Bürger in Rüdlich.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sammler in Lüneburg.

Unternehmen, einft die bedeutendste Konkurrenz von Siemens u. Halske und der A. E. G., ist durch planmäßige Geldentziehung, die die Deutsche Bank bei ihm durchführte, dazu gezwungen worden, sich Siemens u. Halske zu unterwerfen. Die Deutsche Bank hat es dadurch verstanden, die ihr nahe stehende Siemens u. Halske A. G. wieder zur Monopolmacht werden zu lassen, die jetzt mit der A. E. G. zusammen über Deutschland, ja Europa, allein regiert. Herr von Loebell hat auch als Aufsichtsrat der Deutschen Bank sehr oft Gelegenheit gehabt, lernen zu lernen, wie planmäßig der Steuersüßel bei Staatsanträgen durch große Aktiengesellschaften geschildert wird. Herr von Loebell hat als preußischer Minister durch seine große Sachkenntnis auf diesem Gebiete sicher das beste Zeug und die günstigste Gelegenheit, da gründlich Remedur zu schaffen. Er laß zuletzt ja auch im Aufsichtsrat der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik Ehrhardt, er weiß deswegen auch Bescheid, wie planmäßig Krupp ihn und seine Gesellschaft niedergeknüppelt hat, um einen Konkurrenten loszuwerden. Er weiß aber sicher auch am besten Bescheid darüber, daß heute Ehrhardt in den Händen von Krupp ist, und mit Krupp gemeinsam das Deutsche Reich systematisch schröpft. Der neue preußische Minister des Innern, Herr von Loebell, muß also Ueberaschungen bringen — oder vielleicht nicht?

## Die Tragödie eines Dienstmädchens.

Am Nürnberger Schwurgericht sollte der Staatsanwalt über ein 22jähriges Dienstmädchen den Stab brechen. Das junge Mädchen war wegen Kindesbstörung und wegen Kindesraub, den es in Stuttgart begangen, angeklagt. Nachdem die Verhandlung anderthalb Tage gedauert hatte, begann der Staatsanwalt seine Anklage mit folgenden Worten: „Von menschlichen wie physiologischen Standpunkt aus hatte ich in meiner langjährigen Praxis noch nie solch einen tragischen Fall wie diesen. Schon viele Hunderte der schwersten Fälle hatte ich von dieser Stelle zu vertreten, aber noch nie hat mich ein Fall innerlich so ergrißen, wie dieser.“ Es war wiederum nicht ohne ergreifende Tragik, daß der Staatsanwalt trotz dieser einleitenden Worte in den beiden Punkten der Anklage ein Schuldig beantragte. Die Angeklagte wurde im Jahre 1908 in ihrem Geburtsort Helmbrechts in Oberfranken von dem damals 23jährigen ledigen Löffelbrenner und Kaufmann Findeis veranlaßt, auf einen Schützenball zu gehen. Vorher hatte sich der Löffelbrenner vergewaltigt bemächtigt, das Mädchen zu verführen. Auf dem Ball machte der Fabrikant das Mädchen mit Champagner betrunken und erreichte auf diese Weise, was er von dem Mädchen wollte. Das Mädchen wurde Mutter. Findeis war so schief, die Vaterschaft zu bestreiten, er wurde jedoch vom Amtsgericht zur Zahlung der Alimente verurteilt und erkannte später die Vaterschaft an. Findeis zahlte auch die Alimente, ging aber nach Nordamerika, kehrte später wieder zurück, brachte eine Braut mit und heiratete diese. Im Jahre 1912 kehrte der Fabrikant wieder nach Nordamerika zurück, ließ sich dort von seiner Frau scheiden, und tauchte eines Tages zur Ueberraschung des Dienstmädchens im Hause, in dem es in Fürth in Stellung war, auf. Das Mädchen wies Findeis zurück. Dieser ließ jedoch alle Wimen springen, um das junge Mädchen wieder in seine Gewalt zu bringen. Er versprach ihm das Heiraten. Als das Mädchen zum zweiten Male Mutter wurde, zog sich Findeis in gewissenloser Weise zurück. Im Juni 1913 wurde das Mädchen in Fürth von einem Knaben entbunden. Einige Tage nach der Geburt des Kindes wurde dem Mädchen von der Hebamme angedeutet, daß es mit ihrem Kinde im Hause lästig falle. Hierauf nahm die junge Mutter ihr Kind, wollte auf den Bahnhof, um zu den Eltern zu fahren. Beim Verlassen des Hauses überrichtete der Briefträger dem Mädchen einen Brief des Bruders, in dem stand, daß die Mutter ins Wasser gehe, wenn sie mit dem Kinde nach Hause käme, außerdem gäbe es Pfingst, wenn sich das Mädchen zu Hause einfinde. Nun irrte das Mädchen mit ihrem Kinde planlos in Fürth herum. Nachmittags gegen 4 Uhr ließ sich die verzweifelte Mutter draußen vor der Stadt an einem Rain nieder. Mutter und Kind hatten an diesem Tage noch nichts genossen. Das Kind war vor Müdigkeit und Hunger eingeschlummert. Plötzlich kam der jungen Mutter der verzweifelte Gedanke, das Kind zu töten. Sie drückte das schlafende Kleine so lange an ihrer Brust, bis es tot war. Mit dem toten Kinde im Arm irrte das Mädchen noch stundenlang herum. Schließlich warf es die kleine Leiche in den Frauenabtritt des Fürther Bahnhofs. Als das Mädchen später eine Einladung vor das Vormundschaftsgericht bekam, wurde es von Findeis auf den Fürther Bahnhof bestellt. Der Fabrikant ließ das Mädchen einen Revers unterschreiben, in dem es sich verpflichtete, daß es vor Gericht eine fingierte Person als Vater angebe, damit der Name des Findeis nicht in die Öffentlichkeit komme. Findeis verpflichtete sich, daß er Alimente in bescheidener Höhe zahle. Das eingeschümmerte Mädchen, das vom Tode des Kindes nichts jagte, ging auf diese Forderung ein und machte vor Gericht die verlangten Angaben. Danach trat es in Stuttgart in Dienst. Als das Vormundschaftsgericht Zweifel in die Angaben des Mädchens setzte und nachforschte, nahm das Dienstmädchen auf dem Bismarckplatz in Stuttgart aus einem Sportwägelchen einen fünf Monate alten Knaben weg, fuhr damit nach Fürth und brachte ihn dort als ihr eigenes Kind unter. Durch eine Anstaltschwester kam die Unterschlebung des Kindes auf. Nach mehreren Wochen betamen die geangstigten Eltern in Stuttgart ihren Saden wieder zurück. Der Vater des geraubt gewesenen Kindes, Feinmechaniker Meier aus Stuttgart erklärte, daß seine wegen das Mädchen nicht bestraft werden sollte. Die Nürnberger Geschworenen nahmen an, daß die junge Mutter, als sie ihr Kind tötete, ihrer Sinne nicht mächtig war und vernichtete die Schuldfrage auf Kindesmord. Wegen Kindesraubes wurde das Mädchen alsdann zu der schwereren Strafe von einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis verurteilt, wovon vier Monate Untersuchungshaft abgezogen wurden. Fabrikant Findeis, der die Hauptschuld an dem Unglück des Mädchens trägt, war nicht angeklagt; er war als Zeuge erschienen und hatte noch den traurigen Mutter Opfer zu belasten.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Das Ende eines Liebesdramas.** Der 50 Jahre alte Bureauvorsteher Georg Müller, der die gemeinsam mit ihm bei einem Dresdener Rechtsanwalt beschäftigt gewesene 15-jährige Stenotypistin Martha Kupprecht am 6. April im Bureau erschoss, da sie seine Annäherungsveruche ablehnte, wurde vom Schwurgericht Dresden zu zehn Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

**Verurteilung Zeitrungsgründung.** Vor der Strafkammer des Landgerichts Koblenz in Baden haben sich eine Anzahl Kammer Zeitrungsleute, die teilweise eine führende Rolle spielten, wegen Vergehen gegen das Handelsgesetz und gegen die Konkursordnung zu verantworten. Die Angeklagten gründeten 1911 eine Aktiengesellschaft, die von allem Anfang an faul war. Die Gründer veranlaßten falsche Eintragungen in das Handelsregister und zahlten schließlich, trotz der Untersuchung, die ich bald ergab, zum Zwecke der Täuschung Prozent Dividende aus. Für die Verhandlung gab mehrere